

**Einwohnerratssitzung 2010/2011
Protokoll Nr. 9**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 30. Juni 2011**
Sitzungszeit 13:15 Uhr bis 18:05 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Yvonne Rösli
Direktwahl 041 329 63 09 30. Juni 2011 ry

Anwesend

Präsident

Heiz Martin

Einwohnerrat

33 Mitglieder
Erni Roger (bis 15:15 Uhr & ab 17:15 Uhr)
Tanner Beat (bis 17:30 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Rösli Yvonne
Sigrist Andrea

Entschuldigt

Maldonado Jennifer
Portmann Peter

Traktanden

1.	<u>Mitteilungen</u>		Seite 384
2.	<u>Protokoll Nr. 7</u> vom 7. April 2011		Seite 386
3.	<u>Bericht und Antrag</u> : Alterswohnungen Hofmatt - Baukredit Innensanierung/Küchenersatz	Nr. 242/11	Seite 386
4.	<u>Bericht</u> zu den Vorstössen:		Seite 395
	- <u>Postulat Kaufmann</u> : Redimensionierung des neuen Pilatussaals	Nr. 209/11	
	- <u>Postulat Lammer</u> : Sistierung der gesamten Zentrumsplanung	Nr. 212/11	
	- <u>Interpellation Luthiger</u> : Zukunft Zentrumsrealisierung	Nr. 221/11	
5.	<u>Motion Piazza</u> : Audio-Einwohnerratsprotokoll <i>Begründung</i>	Nr. 210/11	Seite 407
6.	<u>Postulat Lammer</u> : Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strassen- und Verkehrsplanung <i>Begründung</i>	Nr. 226/11	Seite 410
7.	<u>Bericht Postulat Lammer</u> : Baulücken in der Gemeinde Kriens	Nr. 178/10	Seite 413
8.	<u>Postulat Piazza</u> : Geld sparen mit gemeinsamem Telefonie- Abonnement - Anschluss der Gemeinde Kriens an den Telefonie-Vertrag des Kantons Luzern <i>Begründung</i>	Nr. 228/11	Seite 414
9.	<u>Postulat Koch</u> : Beschleunigung des Verkehrsflusses im Kupferhammer <i>Begründung</i>	Nr. 229/11	Seite 414
10.	<u>Motion Camenisch</u> : Sistierung des Projekts Schappe- Süd - zügigerer Ausbau der Sportanlagen Kleinfeld <i>Begründung</i> - Behandlung unter Traktandum 3a	Nr. 231/11	Seite 390
11.	<u>Postulat Hahn</u> : Verbesserung des Verkehrsflusses in den Stosszeiten im Dorfzentrum <i>Begründung</i>	Nr. 233/11	Seite 414
12.	<u>Postulat Maldonado</u> : Das Angebot "Unpersönliche General- abonnemente" (Tageskarten Kriens) verbessern <i>Begründung</i>	Nr. 235/11	Seite 414
13.	<u>Postulat Tanner</u> : Einführung flächendeckende Tarifzone 10 für die Gemeinde Kriens <i>Begründung</i>	Nr. 236/11	Seite 417
14.	<u>Postulat Tanner</u> : Änderung Verteilungsschlüssel Kostenan- teil Gemeinden (50 %) öffentlicher Verkehr <i>Begründung</i>	Nr. 237/11	Seite 417
15.	<u>Postulat Tanner</u> : Busspur im Zentrum Hofmatt-Linde <i>Begründung</i>	Nr. 238/11	Seite 419
16.	<u>Bericht Postulat Heini</u> : 40 auf der Langsägestrasse	Nr. 228/07	Seite 421

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 17. | <u>Interpellation Wili</u> : Verpachtung Unterhus
<i>Beantwortung</i> | Nr. 223/11 | Seite 422 |
| 18. | <u>Interpellation Piazza</u> : Braucht es in Kriens eine Anpassung des Gemeinderats-Pensionsreglements?
<i>Beantwortung</i> | Nr. 225/11 | Seite 422 |
| 19. | <u>Postulat Piazza</u> : Weg aus der finanzpolitischen Sackgasse
<i>Begründung</i> | Nr. 241/11 | Seite 422 |

Neueingänge

- | | |
|------------|--|
| Nr. 244/11 | <u>Postulat Wili</u> : Überprüfung Umweltschutzstelle
<i>Eingang: 26.05.2011</i> |
| Nr. 245/11 | <u>Motion Konrad</u> : Verwendung von Rückstellungen für das Projekt „Zentrum Kriens - Leben im Zentrum“
<i>Eingang: 26.05.2011</i> |
| Nr. 246/11 | <u>Volksmotion</u> : Für die Erhaltung der Familiengärten Areal Grabenhof Kriens
<i>Eingang: 31.05.2011</i> |
| Nr. 247/11 | <u>Volksmotion</u> : Keine Hochhäuser auf dem Eichhofareal
<i>Eingang: 07.06.2011</i> |
| Nr. 248/11 | <u>Interpellation B. Bienz</u> : Nachhaltige Vermietung als Einnahmequelle
<i>Eingang: 07.06.2011</i> |
| Nr. 249/11 | <u>Bericht und Antrag</u> : Bauabrechnung für Kunstrasenfeld auf Kleinfeldareal und Teilsanierung Leichtathletikanlage |
| Nr. 250/11 | <u>Bericht und Antrag</u> : Bauabrechnung Baukredit Hort Meiersmatt |

Martin Heiz begrüsst alle zur heutigen Sitzung. Von der Presse ist Luca Wolf anwesend. Entschuldigt haben sich Peter Portmann und Jennifer Maldonado. Beat Tanner muss die Sitzung früher verlassen. Er ist gestern Vater von Sohn Laurin geworden. Dazu gratuliert ihm der Sprecher herzlich. Roger Erni ist von 15:15 Uhr bis ca. 18:00 Uhr abwesend.

1. Mitteilungen

Martin Heiz schlägt vor, das Traktandum 10 Motion Camenisch: Sistierung des Projekts Schappe-Süd - zügigerer Ausbau der Sportanlagen Kleinfeld (Nr. 231/11) neu als Traktandum 3a zu behandeln, da dieser Vorstoss Auswirkungen auf das Traktandum 4 hat. Dagegen wird nicht opponiert.

Am 17. Juni 2011 konnten Mario Urfer seinen 50. Geburtstag und am 24. Juni 2011 Beat Tanner seinen 40. Geburtstag feiern. Dazu gratuliert der Vorsitzende herzlich.

Weiter dankt er Guido Solari für die Fotos vom Einwohnerratsausflug.

Helene Meyer-Jenni teilt mit, dass heute Morgen die Pressekonferenz betreffend "Starke Stadtregion Luzern" stattgefunden hat. Die entsprechende Medienmitteilung wurde dem Einwohner-

rat zugestellt bzw. verteilt. Der Gemeinderat hat sich entschieden, eine eigenständige Gemeinde zu bleiben und sich nicht weiter am Projekt der "Starken Stadtregion Luzern" zu beteiligen. Letztlich haben die im Schlussbericht aufgeführten Argumente (Synergiegewinne, Kosteneinsparungen, Steuern, Raumplanung, Verkehr, professionelle Verwaltung, Angleichung des Leistungsniveaus) den Gemeinderat nicht so stark überzeugt, dass sie den Verlust der Gemeindeautonomie mit Bürgernähe, Identität, gewachsenen politischen Strukturen rechtfertigen würden. Hinter die Nachhaltigkeit der steuerlichen Vorteile bei einer Fusion (Senkung des Steuersatzes auf das Niveau der Stadt Luzern) macht der Gemeinderat aufgrund der finanzpolitischen Gesamtaussichten aller am Projekt beteiligten Gemeinden ein Fragezeichen. Er ist sich aber bewusst, dass auch der Steuerfuss der eigenständigen Gemeinde Kriens kurz- oder mittelfristig wieder zur Diskussion gestellt werden muss.

Der Entscheid, diesen Weg unter Wahrung der Eigenständigkeit zu gehen, erfordert eine intensive und kritische Suche nach weiterem Optimierungspotential innerhalb der heutigen Strukturen. Es ist für den Gemeinderat selbstverständlich, dass Strukturen permanent überprüft und an sich ändernde Herausforderungen angepasst werden müssen. So braucht Kriens Veränderungen, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Der jetzt gefällte Entscheid erfordert den politischen Willen in der Gemeinde, die anstehenden Aufgaben (Stabilisierung der Gemeindefinanzen insbesondere durch eine Verbesserung der Ertragslage, Aufarbeitung des Nachholbedarfs im Infrastrukturbereich, städtebauliche Impulse bei der Entwicklung des Zentrums, Nutzung des Potenzials im Entwicklungsschwerpunkt Eichhof - Mattenhof - Schlund sowie die Abdeckung der Bedürfnisse im Bereich Alter und Pflege aufgrund der demografischen Entwicklung) anzupacken. Dass dafür die politischen Kräfte mehr denn je gebündelt werden müssen, ist für den Gemeinderat eine direkte Konsequenz aus der Empfehlung und ein Gebot der Stunde.

Um Kriens als zukunftsfähige, innovative, starke und offene Gemeinde weiterzuentwickeln, sind grosse Anstrengungen aller Kräfte notwendig. Nur so können die Vorteile der Eigenständigkeit zum Nutzen der gesamten Bevölkerung umgesetzt werden.

Martin Heiz verabschiedet den auf der Tribüne anwesenden Franz Bucher, welcher über 17 Jahre Leiter der Abteilung Finanzen war und heute seinen letzten Arbeitstag hat und nun in den wohlverdienten Ruhestand tritt. Der Vorsitzende dankt ihm im Namen des Einwohnerrates recht herzlich für seine wertvolle und geschätzte Arbeit auf der Gemeindeverwaltung. Die Mitglieder des Einwohnerrates bedanken sich bei Franz Bucher mit einer "standing ovation".

Paul Winiker nennt einige Eckdaten von Franz Bucher. Unter anderem war er von 1987 bis 1994 im Einwohnerrat und in der GPK (heutige FGK) tätig, bevor er dann als Leiter der Finanzabteilung gewählt wurde. Auch Paul Winiker bedankt sich bei Franz Bucher für seine Arbeit auf der Gemeindeverwaltung und stellt gleichzeitig seinen Nachfolger, Beat Fallegger, vor und wünscht diesem einen guten Start.

Weiter teilt er mit, dass der Gemeinderat als Nachfolger von Peter Hebeisen, Leiter Personalabteilung, welcher per Ende Jahr in Pension geht, der 48jährige Krienser Beat Schwander gewählt hat.

Matthias Senn informiert, dass der 39jährige Luzerner Daniel Burkart per 1. Oktober 2011 als Nachfolger von Moritz Büchi, Leiter Tiefbau/Werke, welcher die Gemeinde per Ende August 2011 verlässt, gewählt wurde.

2. Protokoll Nr. 7 vom 7. April 2011

Alexander Wili hat folgenden Änderungsantrag eingereicht:

Seite 324, Absatz 2, letzter Satz: ... *sondern eine eigene Rechtsversorgung*
 Neu: *sondern eigene **Rechtspersönlichkeit***

Weitere Änderungen sind keine eingegangen. Der Einwohnerrat opponiert dem Änderungsantrag nicht. Somit gilt das Protokoll Nr. 7 mit dieser Änderung genehmigt.

Martin Heiz dankt den Protokollführerinnen für die Verfassung.

3. Bericht und Antrag: Alterswohnungen Hofmatt - Baukredit Innensanierung/Küchenersatz Nr. 242/11

Gemäss Viktor Bienz wurde den BK-Mitgliedern erklärt, dass die Sanierung der in den Jahren 1983/84 erstellten Alterswohnungen Hofmatt über eine Spezialfinanzierung erfolgt. Der Schwerpunkt liegt bei den Küchensanierungen inkl. der Bodenbeläge. In einer 2. Phase wird die Aussenhülle saniert werden müssen. Sogleich stellte sich die Frage, ob aufgrund dieser Sanierung die Mietzinse angepasst werden müssen. Es ist vorgesehen, nach Abschluss der Sanierung eine Neuberechnung aller Mietzinse vorzunehmen. Anpassungen sollen im tragbaren Rahmen gemacht werden. Von einer Seite wurde auch verlangt, dass nicht nur kostendeckende, sondern auch marktgerechte Mietzinse angestrebt werden müssen.

Im Bericht und Antrag sind fünf tiefer gesetzte d.h. rollstuhlgängige Küchen vorgesehen. Dieser Anteil könnte gemäss Stephan Buser allenfalls erhöht werden, wenn wirklich ein Bedarf dafür ausgewiesen werden kann. Zudem wurde diskutiert, ob sich auch ein Umbau der Bäder aufzwingt, da diese auch nicht mehr dem neuesten Stand für behindertengerechtes Wohnen entsprechen. Die Duschen seien zum Teil angepasst worden und ein Umbau der Bäder ist aktuell nicht vorgesehen. Es wurde versichert, dass die Heimleitung und der Sozialvorsteher den Bedarf an behindertengerechten bzw. rollstuhlgängigen Küchen abklären werden, da evtl. Bewohner im Altersheim leben, die nicht pflegebedürftig sind, jedoch mangels behindertengerechten Alterswohnungen dort betreut werden. Im Anschluss an die BK-Sitzung besichtigte man im Rahmen der jährlichen Weiterbildung drei Wohnungen in der Hofmatt, um so die Notwendigkeit zu beurteilen. Dem Beschlusstext des Berichts und Antrages wurde einstimmig zugestimmt.

Johanna Dalla Bona teilt mit, dass die SKG-Mitglieder einstimmig dem vorliegenden Bericht und Antrag zustimmen. Alle sind sich einig, dass die 30jährige Küchen saniert werden müssen und zwingend auch unter den Ausführungsvorgaben auf Seite 3 des Bericht und Antrages. Auf den Input, dass die neuen Küchengeräte der Energieklasse A angehören, hat Sozialvorsteher Lothar Sidler zugesichert, dass dies der Fall sein wird. Weiter wurde betreffend Anzahl Küchen, welche behindertengerecht und rollstuhlgängig saniert werden, diskutiert. Da die geplante Anzahl der unteren Grenze entspricht. Die SGK beantragte, dass 10 % behindertengerecht sein müssten. Angeknüpft an die Bedingung einer konkreten Bedarfsabklärung, wurde dies nicht weiterverfolgt. Die Abschätzung, wie viele wirklich Sinn machen, ist schwierig. Zudem ist es für die SGK auch sinnvoll, dass wenn die Küchen rollstuhlgängig sind, auch die Bäder zwingend rollstuhlgängig sein müssten. Lothar Sidler hat versprochen, bis zur Einwohnerratssitzung abzuklären, wie viele Personen mit Rollstuhl zurzeit in der Alterswohnung und wie viele aktuell in den Heimen, welche auch in den Wohnungen leben könnten, leben. Zudem hat der Gemeinderat die Anliegen aufgenommen und wird, falls er einen höheren Bedarf erkennt, dementsprechend handeln. Die Rückmeldung dieser Bedarfsanalyse hat ergeben, dass fünf Personen mit Rollstuhl in der Hofmatt und zwei in den Heimen, welche theoretisch auch in die Alterswoh-

nungen umziehen könnten, leben. Weiter sind gemäss Stephan Buser bei ca. 10 % aller Wohnungen bodenebene Duschtassen vorhanden. Weiter wurde kurz andiskutiert, dass bei mehr behindertengerechten Küchen Wohnungen auch für behinderte Personen in jüngerem Alter geöffnet werden könnten. Grundsätzlich ist man in der SGK jedoch der Auffassung, dass es in erster Linie Alterswohnungen bleiben sollen. In Bezug auf Mietzinse und Mietzinserhöhungen sind keine konkreten Zahlen vorhanden. Der SGK ist es aber wichtig, dass allfällige Mietzinsanpassungen in einem für die Bewohner verantwortbarem Rahmen stattfinden.

Gemäss Mauro Schilling stimmt die SVP dem vorliegenden Bericht und Antrag einstimmig zu. Sie verlangt jedoch eine vollständige Transparenz der Kosten.

Ursula Müller stellt fest, dass die Alterswohnungen Hofmatt mit dem Baujahr 1983/84 in die Jahre gekommen sind. Die CVP/JCVP-Fraktion begrüsst das Vorhaben, die Küchen zu sanieren und unterstützt die bedürfnisgerechte Sanierung. Bei den neuen Geräten ist der Fraktion der Energieverbrauch sowie der Wasserbrauch wichtig. Es sollen nur Geräte auf entsprechenden neustem technologischen Stand eingebaut (A+ und A++) sowie wo möglich Wassersparhahnen eingesetzt werden. Gut findet man, dass ein Teil der neuen Küchen behinderten- und rollstuhlgerecht gebaut werden. Im Bericht und Antrag wird auf Seite 4 eine Mietzinsanpassung angekündigt. Es hat eben erst eine Erhöhung stattgefunden. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass mit einer Mietzinserhöhung sorgfältig umgegangen werden muss und die Bewohner gut darüber informiert werden, warum und in welchem Rahmen. Die im Bericht und Antrag thematisierte anstehende Aussensanierung sollte möglichst bald realisiert werden. Das Dach war in der Vergangenheit bereits undicht und Wasser ist nicht nur in einigen oberen Wohnungen eingedrungen, sondern auch in die Aussenisolation. Wichtig ist, dass die Schäden an der Bausubstanz nicht mehr grösser werden. Wie bereits erwähnt, brauchen die Alterswohnungen eine Verjüngungskur, darum unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion den Bericht und Antrag.

Gemäss Johanna Dalla Bona stimmt die FDP dem vorliegenden Bericht und Antrag einstimmig zu. Es macht Sinn, die 30jährige Küchen zu sanieren. Die vorgeschlagene Sanierung ist in einem vernünftigen Rahmen. Es ist richtig, dass die Ausführung den Bedürfnissen der alten Menschen angepasst wird, beispielsweise mit einem rutschsicheren und pflegeleichten Boden, mit Küchengeräten, welche einfach und sicher zu bedienen sind und speziell mit einer guten Beleuchtung - Abnahme der Sehkraft ist ein grosses Problem bei älteren Menschen. In der Fraktion diskutierte man betreffend der eher kleinen Anzahl behindertengerechten Küchen. Aufgrund der Rückmeldung des Sozialvorstehers über den aktuellen Stand, wie viele Personen im Rollstuhl zurzeit in den Alterswohnungen zu Hause sind, in wie vielen die Bäder behindertengerecht angepasst wurden und der Tatsache, dass behindertengerecht angepasste Wohnungen nur noch ausschliesslich an Personen im Rollstuhl vermietet werden können, da die Arbeitsflächen bedeutend tiefer sind, ist die FDP der Auffassung, dass die vorgeschlagene Anzahl Sinn macht. Nicht zu vergessen ist auch, dass es Stiftungen, Institutionen und Versicherungen gibt, welche im Bedarfsfall finanzielle Unterstützung an einen Umbau bieten, wenn Personen in ihrer Mobilität eingeschränkt werden und auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Weiter unterstützt die FDP einen marktgerechten Mietzins und eine in tragbarem Rahmen angepasste Erhöhung nach der Sanierung.

Mario Urfer namens der SP ist froh, dass man endlich die nötige Sanierung der Alterswohnungen anpackt. Trotzdem findet die SP-Fraktion den Bericht und Antrag etwas dürftig. Der Schwerpunkt liegt in der 1. Phase der Innensanierung beim Küchenersatz. Weitere Sanierungen im Innern sind keine geplant. Die SP versteht nicht, warum die Nasszellen nicht mitsaniert

werden, da die Sanierung durch die Spezialfinanzierung bezahlt wird. Bei der Besichtigung von 3 Wohnungen mit der Baukommission erfuhr man, dass nur 20 % der Nasszellen schwellenfrei sind. Bei den restlichen Wohnungen sind die Duschwannenböden nicht rutschsicher. Es besteht Sturzgefahr für alte Menschen und dies kann wieder zu unnötigen Heimeintritte führen. Man muss auch bedenken, dass in 10 - 15 Jahren eine neue Generation alter Menschen nachkommt, welche sich nicht mit Lavabo-Körperpflege zufrieden geben. Müssen dann diese Bewohner eine Sanierung selber vornehmen, wie dies bei einem Küchenboden, der selber gelegt wurde, geschehen ist. Es ist also nicht auszuschliessen, dass auch im Duschbereich in den nächsten Jahren Anpassungen vorgenommen werden müssen. Die Sanierung der 1. Phase müsste überdenkt werden. Somit gäbe es für den Bewohner, ob mit einer umfassenderen Sanierung oder nur Küchenersatz, nur einmal Bauschutt.

Egal, ob fünf oder acht tiefer gesetzte rollstuhlgängige Küchen geplant werden, sicher ist, dass die Bedürfnisse genau abgeklärt werden müssen. Diese Wohnungen werden dann kaum an Fussgänger vermietet werden können. Von Rollstuhlgängigkeit zu sprechen, ist sowieso heikel, da von den gegebenen Räumlichkeiten, die Bewegungsflächen zum Manövrieren eng sind. Trotzdem will die SP-Fraktion, dass der alte Mensch die Erleichterung im Alltag erhält und stimmt dem Beschlusstext zu.

Betreffend Sanierung ist hinzufügen, dass bei einem tieferen Referenzzinssatz die Mietreduktion nicht nur auf Verlangen gewährt werden kann. Alte Menschen verdienen vom Gemeindewesen sozialen und rechtlichen Schutz und nicht das Ausnützen der Nichtwissenden. Nicht mehr als recht ist, dass die Bewohner eine Mietzinsreduktion während der Sanierung erhalten.

Gemäss Bruno Bienz freut es die Grünen, dass die Sanierungen der Alterswohnungen angegangen wird. Wie jeder Immobilienbesitzer sollte die Gemeinde Interesse daran haben, dass ihre Immobilien immer "gut im Schuss" sind. Der Werterhalt ist wichtig, da er sich auch unmittelbar auf die Höhe der Mieten auswirkt. Das bedeutet konkret: Wer immer dafür sorgt, dass sein Objekt im Wert erhalten bleibt oder sogar noch steigt, der darf sich über gleichmässig hohe oder sogar steigende Mieteinnahmen freuen. Das sollte auch im Sinne der Gemeinde sein.

Ein Fragezeichen setzen die Grünen aber trotzdem bei den vorgesehenen Mietzinsanpassung. Im Bericht und Antrag steht, dass beim vorgesehenen Küchen- und Bodenbelagsersatz ein wertvermehrender Anteil von 40 – 50 % angenommen wird. Wenn unter Artikel 2 Technischer Bericht das Ziel formuliert wird, die Küchen 1:1 zu beschaffen, fragt man sich schon, wie dieser Prozentsatz erreicht werden soll. Hier raten die Grünen den Mieterinnen und Mieter genau hinzuschauen. Positiv sehen die Grünen das Angebot, während der Bauzeit vergünstigte Verpflegungsangebote durch die Heime anzubieten. Im Bericht und Antrag ist vorgesehen, dass 5 Küchen behindertengerecht und rollstuhlgängig gemacht werden. Für die Grünen ist dies zu wenig. Wenn das Projekt "Versorgungskonzept Gesundheit und Alter" umgesetzt wird, braucht es eine möglichst grosse Flexibilität. Die ca. 16'000 Franken Mehrkosten sind in keinem Vergleich, wenn allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt Küchen behindertengerecht umgebaut werden müssen. Für sie ist aber klar, dass diese Wohnungen weiterhin als Alterswohnungen genutzt werden müssen. Es gibt immer mehr ältere Menschen, die nicht mehr gut zu Fuss sind, aber sonst noch absolut fit für einen eigenen Haushalt sind. Diese benutzen meistens einen Rollator. Daher macht es für solche Personen Sinn, die Küchen behindertengerecht und rollstuhlgängig einzurichten. Daher beantragen die Grünen, dass wenn der Bedarf ausgewiesen ist, statt 5 Küchen 10 behindertengerechte und rollstuhlgängige Küchen zu machen. Die Mehrkosten erhöhen sich dadurch um 16'000 Franken. Das ist langfristig sicher gut investiertes Geld.

In diesem Sinne unterstützen die Grünen diesen Bericht und Antrag einstimmig.

Der Sprecher möchte wissen, ob die Mieter und Mieterinnen, die bei Einzug in die Hofmatt den Küchenboden selber ersetzt haben, entschädigt werden? Eine Entschädigung wurde eigentlich vom Gemeindeammann versprochen. Weiter stellt er klar, dass in der heutigen Zeit definitiv nur noch Haushaltsgeräte mit A++ eingebaut werden sollten.

Matthias Senn antwortet auf die Frage von Bruno Bienz, dass die nötigen Grundlagen vorhanden sind und die Mieter entsprechend entschädigt werden. Er dankt dem Einwohnerrat für die positive Aufnahme des vorliegenden Berichtes und Antrages. Bei ca. 50 Wohnungen wird es keine Mietzinserhöhung geben und bei ca. 30 Wohnungen wird die Miete um Fr. 30.00 bis Fr. 50.00 erhöht. Somit erfährt eine Mehrheit der Mieter durch die Sanierung keine Mietzinserhöhung, welche sicher nicht zu hoch und im ortsüblichen Rahmen sind. Die Rendite der Wohnungen genügt für die Deckung. Bei den sanitären Anlagen wäre es zu früh bzw. unvernünftig, jetzt schon eine Sanierung vorzunehmen. Dies ist erst in ca. 10 Jahren der Fall. Betreffend rollstuhlgängige Küchen bittet der Sprecher Lothar Sidler etwas darüber zu berichten.

Gemäss Lothar Sidler haben die Abklärungen ergeben, dass der Bedarf an behinderten gerechten Wohnungen bei 7 Wohnungen liegt. Dies entspricht ca. 10 %.

Martin Heiz stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist. Bei der Detailberatung gibt es keine Wortmeldungen und das Rückkommen wird nicht verlangt.

Der **Beschlussestext** lautet wie folgt:

Für die Innensanierung "Küchenersatz" bei den Alterswohnungen Hofmatt ein Kredit von Fr. 1'295'000.00 bewilligt. Die Höhe des Kredits erhöht oder vermindert sich entsprechend der Veränderung des Baukostenindexes.

Abstimmung über den Beschlussestext zu Bericht und Antrag: Alterswohnungen Hofmatt – Baukredit Innensanierung/Küchenersatz (Nr. 242/2011)

Der Beschlussestext wird einstimmig genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja

Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

3a Motion Camenisch: Sistierung des Projekts Schappe-Süd - zügigerer Ausbau der Sportanlagen Kleinfeld Nr. 231/11

Räto Camenisch bedankt sich für die bevorzugte Behandlung seines Vorstosses. Die Forderung der Motion betrifft die gesamte Zentrumsplanung. Die Angelegenheit hat sich relativiert. Kriens hat nicht das Geld, die gesamte Zentrumsplanung zu realisieren. In Bezug auf Schappe-Süd werden die Verkehrsverhältnisse nicht besser. Das Zentrum von Kriens hat ein Loch und ist zerrissen. Wenn die Gemeinde Kriens aufgewertet werden soll, muss dieses Loch aufgefüllt werden und zwar mit Geschäften, welche Leute anziehen und das Zentrum attraktiver machen. Dies würde Geld bringen und nicht kosten. Somit könnten andere Aufgaben verwirklicht und zusätzliche Nutzungen eingebracht werden. Für die SVP ist dies der letzte Moment, um eine Entscheidung zu fällen. Es darf nicht sein, dass das Stimmvolk die Notbremse zieht. Die SVP will keinen Scherbenhaufen. Darum soll nochmals über die gesamte Zentrumsplanung nachgedacht und eine erneute Auslegeordnung gemacht werden. Räto Camenisch ist bereit, seine Motion zurückzuziehen und als Postulat überweisen zu lassen. Die SVP will das Zentrum nicht abschreiben, aber es kann erst verwirklicht werden, wenn die nötigen Finanzen vorhanden sind.

Gemäss Matthias Senn hat der Gemeinderat versucht, alle Ideen zur Zentrumsplanung aufzunehmen. Die Motion Camenisch ist einen Tag vor der Gemeinderat-Klausur eingereicht worden. Der Gemeinderat hat alle fünf Handlungsalternativen geprüft. Diese sind im nachfolgenden zu behandelnden Bericht aufgeführt. Es ist wichtig, dass das Zentrum realisiert werden kann. Das 4blättrige Kleeblatt beinhaltet einen 10jährigen Planungsprozess und soll nun nicht vernichtet werden. Der Gemeinderat versteht nicht, wieso das Kultur- und Vereinsleben nicht auch im Zentrum stattfinden soll.

Der Sprecher nimmt Bezug auf die Trafostation von den ewl, welche verlegt werden musste und bei der Planung berücksichtigt wurde und nun im "Kesselhaus" ihren neuen Standort hat. Er macht beliebt, den Vorstoss auch als Postulat und somit die Handlungsalternative 3 abzulehnen.

Kathrin Graber stellt fest, dass die vorliegende Motion eine Streichung des Kultur- und Jugendzentrums Schappe-Süd in einer Haurückübung vorsieht. Die CVP/JCVP-Fraktion kann diese Haurückübung aus folgenden Gründen nicht unterstützen: Der Standort für das neue Kultur- und Jugendzentrum wurde in einem längeren und breit abgestützten Verfahren als geeigneter Standort evaluiert. Angefangen beim Richtplan Zentrum, über Beratungen der Kommission Kulturstättenplanung und dem Planungsbericht Kulturstätten, der auch im Einwohnerrat beraten wurde und bei welchem die SVP Planungsschritte für den Standort des Kultur- und Jugendzentrums in Schappe-Süd unterstützt hat. Diese sorgfältige Analyse soll jetzt plötzlich über den Haufen gerührt werden. Was wäre die Folge, wenn man den Vorstoss unterstützen würde?

- Die Planungskosten, die bisher entstanden sind, wären in den Sand gesetzt.
- Der Mosaikstein im Zentrum für die Kultur und die Jugend würde gestrichen und das Vierblättrige Kleeblatt, wo Interessen von Jung und Alt verwirklicht werden sollen, könnte nicht in seiner Vielfalt realisiert werden.
- Bei der Zentrumsplanung und im Kleinfeld müsste mit der Planung von Vorne begonnen werden. Entgegen dem Vorstoss wäre daher ein zügiger Ausbau der Sportanlagen Kleinfeld nicht möglich.
- Zudem dürfte es schwierig sein, die Interessen von Sport, Kultur und Jugendarbeit unter einen Hut zu bringen. Es ist daher fraglich, ob das Kultur- und Jugendzentrum überhaupt im Kleinfeld realisiert werden könnte.

Zusammenfassend wehrt sich die CVP/JCVP-Fraktion gegen den erneuten Angriff auf das Kultur- und Jugendzentrum in Schappe-Süd und wird daher die Motion sowie auch ein Postulat nicht unterstützen. Die Fraktion sieht es als richtig an, wenn im Rahmen des vorliegenden ausführlichen Berichts über Handlungsalternativen und Optimierungen beim Zentrumsprojekt diskutiert und beschlossen werden kann und wehrt sich gegen die Haurückübung, wie sie mit der Motion verlangt wird.

Für Roger Erni ist die Idee der Motion Camenisch spannend. Aber schon nach dieser Spannung bedeutet die Annahme der Motion für die Mehrheit der FDP-Fraktion den Tod des Kleeblattes. Es ist wahr, dass der SC Kriens für sein neues Stadion nach Mantelnutzungen sucht, und dass mögliche Jugendräume eine Lösung darstellen könnten. Soll die Gemeinde, welche in der Investitionsrechnung über 2 Millionen Franken für den Stadion-Neubau zur Verfügung stellt, Mantelnutzer der Tribüne sein? Die Mehrheit der FDP-Fraktion sagt nein. Für den SC Kriens kann dies - wie der einzige Berichterstatter Luca Wolf am 28. März 2011 in der NLZ ausführte - eine Chance sein. Aber bei dieser Idee ist nicht die Gemeinde gefordert, sondern der Fussballclub.

Zurück zum Kleeblatt, dieses Grüne in der Natur in seltenen Fällen aus vier Teilen bestehenden Gras. Dort besteht eben dieses Gras aus vier Teilen: Teiggi, Gemeindehausareal / Feuerwehr, Werkhof im Eichenspes / Schappe Süd (Kulturzentrum) / Zentrum Pilatus. Vier Teile bedeuten Glück – Wünsche, welche in Erfüllung gehen und besteht ein Kleeblatt aus drei Teilen, werden diese Träume (v.a. Unabhängigkeit der Gemeinde Kriens) nicht in Erfüllung gehen. Die Mehrheit der FDP-Fraktion ist der Meinung, dass diese vier Teile nicht auseinandergenommen werden können. Mit der Annahme dieser Motion setzt man die Zukunft der Gemeinde auf das Spiel. Das will sich die FDP nicht zu schulden kommen lassen. Gerade im Hinblick auf die Fusionsabstimmung im Spätherbst dieses Jahres ist dieser jetzige Entscheid für unsere Bevölkerung wegweisend. Die Positionen in der Fraktion sind grossmehrheitlich bezogen und die Zeichen stehen auf Eigenständigkeit. Die FDP-Fraktion wird die Motion oder zumindest das, was von ihr heute übrig ist, mehrheitlich ablehnen.

Auch für Judith Luthiger namens der SP, sind neue und auch unkonventionelle Ideen immens wichtig, wenn eine Planung in Angriff genommen wird. Nur so fliessen möglichst viele Gedanken in den Planungsprozess ein. Kriens ist aber im Prozess einige Schritte weiter. Man plant seit 10 Jahren und der Einwohnerrat hat letzten Sommer das 4-er Kleeblatt, den Bericht und Antrag Zukunft Kriens mit 23:7 Stimmen gutgeheissen. Damit hat er den Planungskredit gesprochen und dem Gemeinderat einen konkreten Auftrag erteilt. Die SVP wollte damals einen kleineren Planungskredit und das Schappe Süd redimensionieren, aber zum Kleeblatt hat die SVP Ja gesagt. Einmal sagt die SVP Ja zu etwas und plötzlich krepelt sie alles wieder um und sagt Nein. Für die SP ist die SVP für die politische Zusammenarbeit keine zuverlässige Partnerin. Diese „Spielchen“ häufen sich in letzter Zeit. Ist dieser Vorstoss Wahlkampf auf dem Buckel der Jungen und der Vereine, die im nichtsportlichen Bereich wertvolle freiwillige Arbeit verrichten? Für die SP ist klar. Sie will mit der Planung nicht mehr von Null beginnen und Geld zum Fenster rauswerfen. Die Jungen gehören ins Zentrum und brauchen Ersatz, wenn die Teigggi ihre Türen schliesst. Kriens hat über 100 Vereine, die irgendwo ihre Feste feiern oder Anlässe durchführen wollen. Die Gemeinde braucht deshalb genügend grosse Räume für den Scala- und Gemeindeschuppenersatz. Im Kleinfeld hat es für all die Vereine und Jugendlichen gar keinen Platz. Man hat die Planung Kleinfeld erhalten und kennt die Platzverhältnisse. Im Kleinfeld besteht tatsächlich Handlungsbedarf, wie an diversen anderen Orten in der Gemeinde.

Im Bericht, den der Einwohnerrat unter Traktandum 4 behandeln wird, sind wertvolle Informationen enthalten, wie oft die jetzigen Räumlichkeiten genutzt werden. Die SP will für die Vereine Räume schaffen, die zu guten und zahlbaren Bedingungen genutzt werden können. Jugend und Kultur darf nicht auf der Strecke bleiben, sonst verkommt Kriens noch mehr zur Schlafstadt. Der SP ist es ein Rätsel, wie mit diesem Projekt die Verkehrsverhältnisse im Zentrum verbessert werden können, wenn Wohnungen, Geschäfte und handwerkliche Dienstleistungsbetriebe entstehen. Das generiert doch Mehrverkehr.

Die SP freut es, dass sich Räto Camenisch für die Förderung der Integration und den Sport einsetzen will. Seine Motion lehnt sie aber unter den genannten Gründen einstimmig ab.

Gemäss Mirjam Kalt hat der Einwohnerrat 2 Mio. Franken für die Planung gesprochen und sich dabei für die Realisierung des vierblättrigen Kleeblattes ausgesprochen. Die Grünen unterstützen die vier Teile der Zentrumsplanung und lehnen diese Motion bzw. jetzt umgewandelt in ein Postulat, vehement ab. Räto Camenisch spricht von einem Loch im Zentrum und will das Schappe Süd-Areal verkaufen, um dort Geschäfte einzurichten. Für die Grünen ist Zentrum nicht gleich Geschäfte und Kultur nicht gleich Loch. Die Kultur mit seiner Vielfalt und den Vereinen gehört ins Zentrum von Kriens. Es kann doch nicht sein, dass die Gemeinde Kriens alle zentrumsnahen Gebiete verkaufen soll. Und es kann noch weniger sein, dass die Kultur und vor allem die Jugend in die Peripherie verschoben werden sollen. Kultur besteht eben nicht nur aus Sport und die Jugend spielt nicht nur Fussball. Kriens braucht ein lebendiges, modernes und ansprechendes Zentrum und dazu gehört auch Kultur. Wenn es kein Kulturzentrum in Kriens gäbe, würden alle Zuhause bleiben und schauen fern, niemand geht am Abend zu einer kulturellen Veranstaltung nach Kriens. Kriens wird zur Schlafstadt oder noch schlimmer für einige: Alle gehen nach Luzern ins KKL und fördern somit eine schnelle Fusion von Kriens und Luzern. Das kann doch nicht sein, die Grünen wollen ein lebendiges Kriens mit einem Ort für lebendige Kultur.

Kriens hat zum Glück eine vielfältige Jugend, welche sich auf vielfältige Art und Weise beegnet und eben nicht nur Fussball spielt. Jetzt möchte die SVP die Jugend auf den Fussballrasen

verbannen. Wie wäre dies wohl, wenn dann an einem Samstagabend die Fussballfans anstatt ein Spiel ein Rapkonzert zu Ohren bekommen würden? Ein Konflikt ist vorprogrammiert. Vom Platz und den Emissionen her ist eine Integration von Jugendräumen im Kleinfeld nicht zu realisieren. Wenn das Schappe Süd-Areal verkauft werden soll, dann ist für die Grünen die Zentrumsplanung gestorben. Bei der Zentrumsplanung wurde ein Konsens gesucht, bei dem alle Bevölkerungsteile einen Vorteil für sich gewinnen können. Bei einem Verkauf ist der Konsens gestorben. In diesem Sinne lehnen die Grünen den Vorstoss einstimmig als Motion und Postulat ab.

Daniel Piazza wird aus Sicht der JCVP dem Vorhaben des Vorstosses aus folgenden Gründen mit aller Kraft entgegengehalten:

- Das neue Zentrum soll für alle da sein, unter anderem auch für die Kultur, für die Musikschule und für Jugendliche.
- Das Zentrum soll belebt sein, dafür ist es ideal, wenn auch für Kulturschaffende, Musizierende, Kulturinteressierte und für Jugendliche Infrastruktur im Zentrum geschaffen werden.
- Es ist zu verurteilen, dass die Anliegen und deren Dringlichkeit der Sport- und Animationsvereine mit jenen der Jugendanimation, der Musizierenden sowie der Kulturvereine gegeneinander ausgespielt werden.
- Warum etwas völlig Neues aufbauen, wenn mit Schappe Süd eine bestehende Bausubstanz vorhanden ist, die gemäss dem Planungsbericht „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“ kostensparend soweit möglich auf die alten Gebäudeteile zurückgreift und nur macht, was nötig ist? Die zeitliche Verzögerung schadet in jedem Fall und kostet wertvolle Steuergelder.
- Die JCVP will keine Planungsleiche im Zentrum. Wer diese Motion unterstützt, nimmt in Kauf, dass der Planungskredit für Schappe Süd von Fr. 430'000 den Bach runtergeht. Das wäre wohl die vermutlich teuerste Planungsleiche der Geschichte der Gemeinde Kriens.

Man darf nicht immer wieder Räder an bereits losgefahrenen Fahrzeugen wechseln wollen. Der Gemeinderat braucht Planungssicherheit statt ständig neue Visionen. Aus diesem Grund lehnt der Sprecher diesen Vorstoss mit Überzeugung ab.

Für Michael Günter ist die ganze Zentrumsache eine komplexe Angelegenheit. Jetzt geht es um den Vorstoss und anschliessend wird über die verschiedenen Handlungsalternativen diskutiert. Das Vorgehen hätte allenfalls anders gewählt werden können. Es ist ein aufreibender Prozess. Es wird immer wieder das 4blättrige Kleeblatt genannt. Dies ist ein guter Marketing-Schachzug. Jetzt ist aber nicht die Zeit für Marketing, sondern es sind Lösungen und Innovationen gefragt. Die vorliegende Motion ist eine Innovation. Es steht nämlich nicht nur die Zentrumsplanung, sondern auch die Sportstätteplanung an. Im Zentrum muss Wertschöpfung realisiert werden. Deshalb soll die ganze Planung nochmals überprüft und hinterfragt werden. Die Vision im Kleinfeld wäre von grossem Nutzen für Sport, Jugend und Kultur. Es wäre etwas einzigartiges in der Zentralschweiz und Kriens könnte davon profitieren. Viele andere anstehende Projekte könnten so realisiert werden. Michael Günter bittet um Überweisung der Motion als Postulat.

Gemäss Ursula Müller ist auch noch ein Kulturstätte-Planungsbericht vorhanden, welcher viele Sachen beinhaltet. Wenn der Vorstoss von Räto Camenisch überwiesen wird, muss überall wieder von vorne begonnen werden.

Alexander Wili ist enttäuscht, dass aufgrund der 10jährigen Planungen keine neuen Überlegungen und Ideen in Bezug auf das Schappe Süd-Areal stattfinden dürfen. Schlussendlich hat das Volk das letzte Wort. Der Sprecher ist der Meinung, dass das Bau- und Zonenreglement in diesem Gebiet ein Hochhaus zulassen würde. Das Areal ist der teuerste Boden im Krienser Zentrum. Aus diesem Grund wäre der Vorstoss prüfenswert. Wenn ein Hochhaus realisiert werden könnte, wäre dies eine gute Sache für die Gemeinde und für die Investoren. Dies ist auch ein Argument von "pro natura". Man soll mit der Zersiedelung aufhören und vermehrt verdichtetes Bauen fördern. Die Motion soll als Postulat überwiesen werden, damit festgestellt werden kann, ob ein Hochhaus verwirklicht werden könnte.

Für Räto Camenisch ist das Kleinfeld nicht in der Peripherie. Nun ist man an einem Punkt angelangt, wo sich der Einwohnerrat durchsetzen muss, sonst landet man wieder in einer Sackgasse.

Judith Luthiger stellt fest, dass der Einwohnerrat bereits schon ausführlich aufgrund eines Vorstossens von Alexander Wili über das Schappe Süd-Areal diskutiert hat. Auch der Denkmalschutz schaut der Gemeinde auf die Finger. Es ist nicht möglich, dass in Kriens alles abgerissen wird. Darum muss nun nicht weiter über dieses Thema diskutiert werden. Es geht auch darum, für die vielen Vereine neue Räume zu schaffen, wenn das Scala und die Teiggi nicht mehr stehen. Diese Angelegenheit muss dem Einwohnerrat auch am Herzen liegen. Zudem will auch die SP keine Zersiedelung.

Kathrin Graber findet es spannend, wie originelle Ideen deponiert werden. Wenn man den Bericht betreffend Handlungskonzept vom Gemeinderat liest, stellt man fest, dass das entsprechende Gebäude in der Kategorie 1 der schützenswerten Kulturobjekte aufgeführt ist. Man kann dies daraus entlassen. Dies darf aber nicht das Ziel sein. Die Sprecherin sieht nicht ein, wieso der Vorstoss als Postulat überwiesen werden soll. Der Gemeinderat hat gemäss S. 11 des Berichts bereits eine Prüfung vorgenommen und dies genügt völlig.

Abstimmung über die Überweisung der Motion Camenisch: Sistierung des Projekts Schappe-Süd - zügigerer Ausbau der Sportanlagen Kleinfeld (Nr. 231/11) als Postulat:
Mit 24:9 Stimmen wird der Vorstoss abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein

Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	ja

4. Bericht zu den Vorstössen:

- **Postulat Kaufmann: Redimensionierung des neuen Pilatussaals** **Nr. 209/11**
- **Postulat Lammer: Sistierung der gesamten Zentrumsplanung** **Nr. 212/11**
- **Interpellation Luthiger: Zukunft Zentrumsrealisierung** **Nr. 221/11**

Christine Kaufmann stellt fest, dass laut einer Umfrage, welcher vom Gewerbeverband Kriens (GVK) veranlasst wurde, sich viele Krienser und Krienserinnen ein attraktives Zentrum wünschen. Auch die CVP/JCVP-Fraktion wünscht sich das und steht voll und ganz hinter dem Projekt "Zukunft Kriens – Leben im Zentrum". Für sie ist es wichtig, dass es mit der Zentrumsplanung endlich vorwärts geht und endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das Zentrumsprojekt überzeugt. Mit dem Kleeblatt werden viele verschiedene Bedürfnisse der Krienser und Krienserinnen abgedeckt. Kriens benötigt ein attraktives Zentrum mit oder ohne Fusion. Vor allem jetzt, wo rund um Kriens herum, wie Malters, Horw und Emmen mit dem Seetalplatz, die Post abgehen wird. Wegen der jetzigen und für die nächsten Jahre ziemlich ungemütliche finanzielle Gemeindesituation, wurde im letzten Januar einen Rettungsschwimmgurt für die Zentrumsplanung ausgeworfen und das Postulat „Redimensionierung des neuen Pilatussaals prüfen“ eingereicht. Die Absicht hinter dem Postulat ist ganz klar, nämlich eine deutliche Kosteneinsparung. Mit dieser Einsparung wird die Bevölkerung dem neuen Zentrum zustimmen und die so dringend notwendigen Teilprojekte unterstützen. Der Gemeinderat schlägt eine Handlungsalternative vor, die sogar noch einen Schritt weiter geht. Denn neu soll auf den grossen Saal verzichtet werden und dafür im Schappe Süd ein vergrößerter Saal entstehen. In der Fraktion wurde dieses Thema eingehend diskutiert und die Pro und Kontras genau abgewogen.

Es sprechen folgende Argumente für diese Alternative:

- Kosteneinsparung
- Das Zentrum wird durch die Konzentration der Anlässe aktiv belebt.
- Die Zentrumsplanung wird nicht gefährdet, sondern in der Umsetzung bestärkt.
- Es gibt keinen teuren, leerstehenden Saal.
- Durch eine Verbreiterung der Werkhalle im Schappe Süd, wird die Kapazität so erhöht, dass nahezu alle grösseren Anlässe durchgeführt werden können.

Die Argumente der Alternativ-Gegner sprechen davon, dass die Kernnutzung des Zentrum Pilatus geopfert werde, es keine Parkmöglichkeiten gäbe, die Nachbarschaft mit Lärmemissionen

belästigt werde, die Kosteneinsparung viel zu tief sei und man schliesslich für die nächsten 40 Jahre plane.

Die CVP/JCVP-Fraktion meint dazu, dass es unter dem heutigen Gemeindehausplatz genügend Parkmöglichkeiten geben wird, nämlich zwei Stockwerke tief. Der ÖV liegt direkt vor der Türe. Das Zentrum Pilatus wird nicht geopfert, sondern vor dem Risiko eines möglichen Scheiterns an der Urne gerettet. Die unmittelbare Nachbarschaft kann und wird nicht gestört, handelt es sich doch um die Busschleife, die Andritz Hydro, welche Tag und Nacht arbeitet, sowie die stark befahrende Obernauerstrasse. Kosteneinsparung ist nicht nur der eingesparte Investitionsbetrag von ca. Fr. 8 Mio., sondern die sehr hohen Abschreibung, Zins und Unterhalts- und Betriebskosten von ca. Fr. 750'000 pro Jahr.

Die Gemeinde Kriens muss heute und auch in näherer Zukunft mit den Finanzen haushälterisch, intelligent und weitsichtig umgehen. Und genau diese Befindlichkeit macht der CVP/JCVP-Fraktion grosse Sorgen. Ein grosser Pilatusaal verursacht vor allem hohe Kosten und wird die meiste Zeit leer stehen. Es sind nicht primär die Investitionskosten, sondern die sehr hohen Abschreibungen, Zins, Unterhalts- und Betriebskosten von Fr. 750'000 pro Jahr. Diese jährlich wiederkehrenden Kosten belasten die Laufende Rechnung über etliche Jahre, ja Jahrzehnte. Spätestens hier muss man sich fragen, darf eine solche jährlich wiederkehrende Belastung den nachkommenden Generationen zugemutet werden? Wo ist denn hier die Nachhaltigkeit? Kann und will man den finanziellen Handlungsspielraum derart selber einschränken?

Die Sprecherin erinnert an die letzte Budgetdebatte. Die Summe von Fr. 750'000 wäre eine sensationelle Einsparsumme gewesen, wenn nur eine solche Summe zum Einsparen vorhanden gewesen wäre.

Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante Planung und Entscheid in einer Phase durchzuführen. Es ist wichtig, dass das gesamte Kleeblatt zusammen bleibt. Sie sieht darin die Chance, dass sich zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen eine Solidarität bildet wird. Ganz nach dem Motto: Einer für alle, alle für einen.

Thomas Lammer dankt dem Gemeinderat für die detaillierte und übersichtliche Auslegeordnung. Er bittet, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, sein Postulat abzuschreiben.

Judith Luthiger dankt für die Beantwortung ihrer Interpellation. Die Planungskosten werden klar ausgewiesen. Interessant ist zudem die Auskunft über die Räumlichkeiten im ehemaligen Hotel Pilatus, welche nur als Lagerräume benutzt werden dürfen. Die Sprecherin hofft, dass nun im Einwohnerrat sinnvoll über dieses Thema weiterdiskutiert werden kann.

Gemäss Matthias Senn hat der Einwohnerrat vor knapp einem Jahr dem Gemeinderat den klaren Auftrag gegeben, nämlich die Planung des 4blättrigen Kleeblattes. Der Sprecher hofft, dass der Gemeinderat heute am Schluss dieser Sitzung auch wieder einen klaren Auftrag hat und weiss, wie er weiter zu planen hat. Als nächster Schritt soll der Baukredit dem Einwohnerrat unterbreitet werden. Der Gemeinderat hat sich den Entscheid nicht einfach gemacht. Bei der Diskussion hat man gesehen, dass es überall Vor- und Nachteile gibt. Wichtig ist es, dass die im Bericht aufgezeigten Handlungsalternativen nicht als stur angeschaut werden dürfen. Eine Aula beispielsweise könnte man auch als Sitzungszimmer und für Anlässe nutzen. Für solche Sachen muss man offen sein. Die Forderung des Postulats Kaufmann wird ernst genommen und der Gemeinderat versucht, Optimierungen zu machen. Der Gemeinderat hat heute Morgen

seine Stellungnahme zum Projekt "Starke Stadtregion Luzern" abgegeben. Für ihn ist die Realisierung des Zentrums Kriens ein wichtiger Meilenstein. Erst recht für eine Eigenständigkeit. Matthias Senn bittet den Einwohnerrat dem vorgeschlagenen Teilprojekt zuzustimmen.

Viktor Bienz erwähnt, dass Matthias Senn den BK-Mitgliedern die Handlungsalternativen im Bericht zu den Vorstössen erklärte und diese anschliessend diskutiert wurden. Der Gemeinderat wünscht heute einen klaren Entscheid des Einwohnerrates, damit die Planung in Angriff genommen werden kann mit dem Ziel Baukredit. Für die einen liegt hier ein Jekami vor. Es wird befürchtet, dass das Zentrum Pilatus ohne Saal eine kleinere Chance haben wird als mit Saal. Ein grosser Saal im Schappe Süd ist eher ein Verlust. Andere BK-Mitglieder sagen klar ja zum Kleeblatt. Ein grosser Saal im Schappe Süd könnte auch Probleme geben in baulicher Hinsicht (alte Bausubstanz). Ebenfalls muss der Lärmbelastung in diesem Wohnquartier Beachtung geschenkt werden und auch die Parkierung ist schwierig zu lösen. Das Zentrum Pilatus mit Saal hat Pluspunkte für die Benützer und die Bevölkerung. Weiter wurde die Meinung geäussert, dass eine andere Nutzung des zentralen Schappe-Süd Areals auch mithelfen könnte, die Verkehrsprobleme im Zentrum zu lösen. Die Sportstättenplanung im Kleinfeld würde vorangetrieben und es könnten Synergien für Sport und Kultur genutzt werden.

Die Abstimmungen in der BK ergaben folgende Ergebnisse:

Abschreibung Postulat Lammer (Nr. 212/2011): einstimmig Ja

Abschreibung Postulat Kaufmann (Nr. 209/2011):

Ja:	2 Stimmen
Nein:	2 Stimmen
Enthaltungen:	2 Stimmen

2. Abstimmung

Ja:	2 Stimmen
Nein:	2 Stimmen
Enthaltungen:	2 Stimmen

Stichentscheid des Präsidenten: Abschreiben Nein

Für Michael Günter ist die Zentrumsplanung eine unendliche Geschichte, welche mit der Ablehnung des Vorstosses von Räto Camenisch nicht einfacher wird. Die Idee der SVP will man nicht prüfen bzw. realisieren. Somit stehen nur noch vier Handlungsalternativen zur Diskussion. Für die SVP wäre die Überweisung der Motion Camenisch nötig und einen Befreiungsschlag gewesen. Wie will Kriens sonst die bevorstehende Volksabstimmung bestehen?

Die Variante 0 kommt für die SVP nicht in Frage. Ebenfalls die Variante 1, wobei der 2. Teil einfach aufgeschoben werden soll. Die Finanzen in Kriens werden auch in zwei Jahren nicht rosig sein und der Sprecher glaubt nicht, dass das Stimmvolk solche Investitionen genehmigen wird. Bei der Variante 2 verweist Michael Günter auf das Strategiepapier der SVP, welche sie anlässlich der Budgetberatung 2010 den Mitgliedern des Einwohnerrates zugestellt hat. Darin sind Überlegungen enthalten, auf welche der Rat damals nicht weiter eingegangen ist. Die Situation im Schappe Süd wird zementiert. Laut Alexander Wili handelt es sich dabei um das teuerste Bauland im Zentrum von Kriens. Die SVP möchte einen Saal für multifunktionale Nutzungen. So können Fr. 8 Mio. gespart werden, d.h. in der Laufenden Rechnung Fr. 750'000 pro Jahr. Die Variante 4 ist nicht im Interesse der SVP.

Das Projekt "Feuerwehr" kann verschoben werden. Hier stellt sich auch die Frage, ob die Gemeinde diese Kosten tragen muss oder ob Investoren dafür gefunden werden können. Die gesamte Situation ist schwierig und die SVP ist unzufrieden – man hat weder Fisch noch Vogel. Die Mehrheit der SVP-Fraktion kann die Variante 2 unterstützen, aber nur, wenn vom Einwohnerrat die Bereitschaft vorhanden ist, Kompromisse einzugehen.

Gemäss Christine Kaufmann wünschen laut Umfrage vom Gewerbeverband Kriens von den 401 Befragten gerade mal 48 % (192 Personen) einen neuen Mehrzwecksaal. Die Umfrage sagt nicht aus, dass es unbedingt der Pilatussaal sein muss, sondern es kann genauso gut ein Saal im Schappe Süd sein. Würden die Befragten eine Steuererhöhung für die sehr hohen jährlichen Kosten unterstützen? Die Sprecherin denkt eher nicht. Wo würde die Summe von Fr. 750'000 in der Laufenden Rechnung eingespart werden? Welches sind konkrete Sparvorschläge? Oder soll das Defizit um diesen Betrag zusätzlich anwachsen? Wie rechtfertigt der Einwohnerrat eine solche hohe Investitionssumme für gerade 15 Anlässe? Man rechne: Fr. 10 Mio. Abschreibung über 40 Jahre = Fr. 250'000 : 15 Anlässe

Für Christine Kaufmann ist klar, dass ein attraktives Zentrum nicht von einem Mehrzwecksaal abhängig ist.

Simon Konrad namens der FDP gratuliert dem Gemeinderat für den Bericht mit den aufgezeigten Handlungsalternativen. Die Denkpause hat gut getan. Auch die FDP ist der Meinung, dass die Sistierungsphase abgeschlossen ist und das Postulat Lammer abgeschrieben werden kann. Sie unterstützt die Empfehlungen des Gemeinderates unter den Handlungsalternativen die noch im Rennen sind.

Die FDP beantragt, die Handlungsalternative 0 per Konsultativabstimmung der Alternative 2 (modifiziert) gegenüberzustellen. Art. 34 der Geschäftsordnung erlaubt eine unverbindliche Konsultativabstimmung. Die Handlungsalternative 0, die vor einem Jahr mit dem Planungskredit mit 23:7 angenommen wurde, findet sich in keiner Variante wieder. Der Einwohnerrat diskutiert heute über die nächsten 40 Jahre Entwicklung im Zentrum von Kriens. Nur das Optimum kann für ein Projekt dieser Grössenordnung gut genug sein. Eine repräsentative Meinungsumfrage von Demoscope, über die bereits informiert wurde, zeigt ein klares Bild und spricht für das bisher vorgesehene Konzept. Die Befürchtungen des Gemeinderates sind unbegründet. Bis jetzt wurden alle Planungsphasen mit grosser Mehrheit vom Einwohnerrat unterstützt. Auch die gemeinderätliche Zentrumskommission stützt die Variante 0. Wieso nun also den Mut verlieren? 81 % sagen laut Studie, dass sie ein neues Zentrum wollen. 24 % davon bei einer Fusion erst recht. Es entspricht nicht dem Volkswillen, die Planung wegen Fusionsentscheid und Finanzproblemen zu verschieben oder zu verschlechtern. Die Krienserinnen und Krienser wollen es unabhängig davon realisieren, und ohne Steuererhöhung. Die Finanzierung ist möglich. Eine Redimensionierung des Saales ist eine Möglichkeit. Man darf auch kommunizieren, dass die Feuerwehr bereits Fr. 7 Mio. auf der Seite hat und eine Reserve für künftige Landkäufe von Fr. 3.1 Mio. aufgelöst werden kann. Dann verbleiben noch Fr. 13 Mio. für ein Investitionsvolumen für Kriens von fast Fr. 150 Mio.

61 % der Krienserinnen und Krienser finden das Zentrum unattraktiv. 64 % wollen einen Platz für Veranstaltungen. Das Zentrum Pilatus verbindet den Platz optimal mit dem Bellpark und dem Saal und bietet Realersatz für den Gemeindeschuppen und den Gemeindehausplatz. Ein grosser Saal in der Schappe führt zu Problemen mit Lärm, Verkehr und den angrenzenden Wohnquartieren und ist am falschen Ort bei unsicheren Wetterverhältnissen. Fachleute bezwei-

fein die Kosteneinsparungen von Fr. 7 Mio. mit einem grossen Saal in der Schappe. Bauen in alten Räumlichkeiten und Anpassungen an die heutigen Anforderungen entpuppen sich in der Regel als sehr teuer oder aber als unbefriedigende Kompromisslösung.

Der Einwohnerrat befindet heute über ein modernes, zukunftsorientiertes, attraktives Kriens, für das nur das Optimum das Richtige ist. Das Optimum für Kriens ist nach wie vor die Variante 0. Der Sprecher wünscht eine Konsultativabstimmung und würde die Handlungsalternative 2 modifiziert der Handlungsalternative 0 gegenüberstellen.

Judith Luthiger stellt klar, dass die SP Kriens seit Anfang hinter der Zentrumsrealisierung steht. In Kriens braucht man dringend eine Vorwärtsbewegung. Kriens braucht eine Attraktivierungsspritze. Die SP versteht alle Gewerbetreibenden, die sich einen neuen Anschub, eine Belebung wünschen und Kriens besitzt mitten im Zentrum Bauland an bester Lage. Die Beantwortung der Interpellation gibt ebenfalls deutliche Antworten. Kriens ist seit über 10 Jahren in der Planung und hat bereits über Fr. 2 Mio. Geld dafür ausgegeben. Wertvoller Raum wird allein im heutigen Zentrum Pilatus auf zwei Stockwerken als Lagerräume verwendet und darf nicht als Büroraum genutzt werden. Die SP ist der Meinung, dass Kriens ein Zentrum mit einem grossen Saal braucht. Wenn im Zentrum nur die Verwaltung, ein paar Geschäfte und Wohnungen ohne öffentlichen Saal untergebracht werden, so ist das Zentrum mehr oder weniger unbelebt und tot. Nur wenn die Vereine öffentliche und bezahlbare Räume mieten können, läuft auch etwas im Zentrum. Das gibt ein bisschen Leben in die Schlafstadt Kriens.

Dass Zentren mit funktionalen Sälen funktionieren, zeigt das Megger Modell. Meggen ist ein langgezogenes Strassendorf und hatte früher gar kein richtiges Zentrum, nur ein Pfarreiheim mit vielen kleinen Räumen. Damals hat Meggen auch entgegen grosser Opposition aus der Bevölkerung ein Gemeindezentrum errichtet. Allerdings wurde nicht so lange geplant und die Finanzlage von Meggen ist auch in keiner Weise mit Kriens zu vergleichen.

Die SP stellt folgende Fragen:

1. Warum hat man in Kriens so lange – über 10 Jahre – geplant, ohne die Volksmeinung abzuholen, und dies im Wissen, dass bereits eine ganze Zentrumsplanung den Bach runter geschwommen ist und versenkt wurde?
2. Welche Investitionen muss Kriens neben der Zentrumsrealisierung jetzt auch noch tätigen?
3. Wie bekommt Kriens die Finanzen in Griff?
4. Was will die Krienser Bevölkerung?
5. Wie will Kriens seine eigene Zukunft in der Region Luzern gestalten?

Die SP fordert Antworten auf diese Fragen und plädiert deshalb auf eine vorübergehende Sistierung. Damit wird nichts vergeben und der Gemeinderat bekommt Zeit, einen definitiven und verlässlichen Finanz- und Aufgabenplan vorzulegen und aufzuzeigen, was für Investitionen/Ausgaben Kriens neben der Zentrumsrealisierung noch stemmen muss/will. Die Bevölkerung hat ein Anrecht zu wissen, welche notwendigen Investitionen in Kriens noch anstehen. Zurzeit können diese riesige Investition nicht gestemmt werden. Und wenn die Sprecherin hört, dass man jetzt sogar die Handlungsvariante 0, die teuerste Variante mit Fr. 25 Mio. auf einen Schlag fordert, so stellt sich die berechtigte Frage: Wie sollen die Projekte finanziert werden? Kriens braucht doch dringend Finanzen um die laufende Rechnung zu bezahlen. Es ist ein Loch von ca. Fr. 10 Millionen vorhanden. Auch die nicht erreichten Kennzahlen sprechen deutliche Worte. Man kann das Zentrum schon fordern, aber es muss aufgezeigt werden, wie die 4 Projekte finanziert werden sollen. Es kann doch nicht sein, dass der Einwohnerrat Jahr für Jahr Sparpakete schnürt, in der laufenden Rechnung spart und abbaut und auf der anderen Seite solche Investitionen tätigt und zusätzlich Schulden macht.

Kriens hat in der Investitionsplanung nicht nur die Zentrumsrealisierung. Die Gemeinde hat noch ganz andere ebenso wichtige Aufgaben. Da steht zum Beispiel die Lösung der Gesundheitsfragen im Raum. Was passiert mit dem Grossfeld? Wo steht Kriens beim Angebot an Hortplätzen? Wie steht es um die Schulhäuser und Sportanlagen? Wo steht Kriens in puncto Verkehrslösungen? Die Gemeinde muss zuerst aus der Spardepression herauskommen, bevor mit der grossen Kelle angerichtet werden kann.

Wie bringt man die Bevölkerung hinter das Projekt, ohne Klärung der weiteren anstehenden Investitionen und Zukunftsaussichten in puncto Finanzen? Auch wenn die Resultate vom GVK ein Zentrum befürworten, so heisst das noch lange nicht, dass die Stimmberechtigten zu diesem Projekt Ja sagen. Die SP glaubt nach wie vor an die Zentrumsentwicklung und befürwortet sie immer noch, aber sie fordert zuerst diese Klärung. Das Zentrum ist "nice to have", aber momentan kann es die Gemeinde schlichtweg nicht finanzieren.

Bevor sich Maurus Frey namens der Grünen zum Inhalt äussert, schickt er voraus, dass ihnen die Form des vorliegenden Geschäft schlicht nicht passt. Aufgrund der Abschreibungen von Vorstössen und mit Hilfe einer Logik-Matrize die Zukunft der sorgfältig aufgegleisten Zentrumsplanung zu bestimmen, hat in der Fraktion zu Unverständnis geführt. Die Grünen wollen sich klar und unmissverständlich zu den offenen Fragen äussern und keinen unnötigen Raum für "Uminterpretationen" lassen.

Das Kleeblatt wurde vom Gemeinderat und Parlament gemeinsam, sorgfältig aufgezogen und gepflegt. Der Gemeinderat hat immer argumentiert, dass man die 10jährige und Fr. 2 Mio. teure Planung nicht auseinander reisst und zum unkoordinierten Jekami verkommen lässt. Es enttäuscht die Grünen, dass der Gemeinderat jetzt scheinbar die Nerven verloren und ausgerechnet er selbst dieses Jekami einläutet. Dieses Jekami zerstückelt die Zentrumsplanung zur Unerkennbarkeit. Die Idee, den grossen Saal in der Schappe Süd zu realisieren, ist nicht schlecht:

1. Weil die Rechnung mit der Anzahl von Nutzungen nicht aufgeht. Einfach alle Veranstaltungen zusammen zu zählen geht nicht. Es gibt ca. 40 attraktive Wochenende, um welche sie die Vereine streiten müssen. Es wird zwangsläufig zu Kollisionen kommen. Die Krienser Kultur würde darunter leiden.
2. Alle Kultur (Theater, Fasnacht, Gallizunft, Böggerätschete, Dia-Vorträge usw.) in einem Saal "vermüeseln" zu können, ist eine Illusion. Es gibt auch keine Punk-Konzerte im KKL.
3. Die Behauptung, dass Geld gespart wird, kann nicht belegt werden.
4. Der Planungsentwurf vom Kulturzentrumsprojekt Schappe Süd besticht vor allem durch die Integration des Innenhofs. Mit dem aufgeblasen Feuerwehr-Saal verschwindet dieser. Es wird eng.
5. Kein Saal im Cocon bedeutet keine öffentliche Nutzung und somit kein gemeinschaftliches Interesse. Dass der Einwohnerrat für ein reines Büro- und Verwaltungsgebäude die vorhandene Infrastruktur wie Pilatussaal und Scala abreißen will, wird die Bevölkerung nicht unterstützen. Ein Gemeindezentrum ohne öffentliche Nutzung wie Saal und Restaurant – ohne Leben, wo am Abends ab 5 Uhr und am Wochenende tot ist, hat vor dem Volk keine Chance. Was die CVP als vermeintlichen Spar-Kompromiss aufgetischt hat, ist die Beerdigung des Zentrum Pilatus.

Die Grünen sind für eine sinnvolle Etappierung jedoch nicht für den Zerriss der Zentrumsplanung. Die Bevölkerung erwartet, dass nun etwas geht. Die Grünen wollen, dass das Projekt in zwei Phasen geplant und realisiert wird und unterstützen die Handlungsvariante 1 einstimmig.

Erich Tschümperlin bemerkt, dass Michael Günther fassungslos ist, weil der Einwohnerrat die SVP ignoriert. Der Sprecher ignoriert die SVP nicht, sondern er folgt nicht ihren Argumenten und hat eine andere Meinung. Man kann nicht immer gewinnen, das kennen die Grünen bestens. Der Wink mit dem Zaunpfahl, dass der Einwohnerrat nicht gegen die SVP stimmen soll, weil sie alle Abstimmungen gewinnt, ist das schwächste Argument überhaupt.

Schappe Süd wird für ungefähr Fr. 15 Mio. geräumt; bis jetzt mit dem Ziel, Platz für Jugend, Kultur und Vereine zu schaffen. Nun den Salto zu machen und das Objekt verkaufen zu wollen, ist unlogisch. Billiger wäre Feuerwehr und Werkhof im Schappe-Süd zu belassen und Fr. 14.5 Mio. zu sparen.

Für die SVP sind Teiggi, Werkhof und Feuerwehr, sowie das Zentrum Pilatus unbestritten. D.h., die SVP hat sich heute vom 4blättrigen Kleeblatt verabschiedet – da waren's nur noch 3. Die Grünen stehen zu ihrem Wort und haben den Nerv und die Geduld, den dieses Jahrhundertprojekt braucht Kriens. Sie sind und bleiben geradlinig, auch wenn es vor dem Volk schwierig wird.

Ob das Schappe Süd-Areal der teuerste Boden in Kriens ist, müsste noch bewiesen werden. Mit dem Krienbach im Untergrund und einer grossen Trafostation im Herzen dürfte der Landpreis doch leiden.

Für Christine Kaufmann muss das Kleeblatt unbedingt bei der Abstimmung zusammenbleiben. Es darf nicht in zwei Phasen an die Urne kommen. Die verschiedenen Interessengruppen müssen sich solidarisieren. Ansonsten erhält die 1. Interessengruppe mit Feuerwehr und Werkhof ihr "Päckli" und dann bei der 2. Abstimmung ist die Gefahr gross, dass sich diese nicht mehr solidarisch geben. Die CVP stemmt sich nicht gegen den grossen Saal, sondern sie möchte nur Kosten einsparen, so dass das Projekt an der Urne eine Gelingens-Chance hat. Der Gemeinderat brachte die neue Variante mit der Schappe Süd in Spiel. Der CVP/JCVP-Fraktion geht es vor allem um die daraus entstehenden hohen Abschreibungen, Zins und Unterhaltskosten, welche dann die jährlich laufende Rechnung belasten werden, zu senken. Diese hohen Kosten werden für den Krienser Finanzhaushalt ein Problem werden. Die Sprecherin ist gespannt, wie dann das schiefe Finanzmobile ausgeglichen wird.

Räto Camenisch ist sich gewohnt, dass der Krienser Einwohnerrat am Volk vorbeipolitisiert. Das Zentrum muss gerettet werden und zwar mit den vorhandenen Finanzen. Mit seinem eingereichten Vorstoss wäre dies eine Lösung gewesen. Das Zentrum Pilatus ist kein schlechtes Projekt, aber so nicht einfach realisierbar. Man muss sich zuerst fragen, was man sich leisten kann. Es ist wichtig, was der Einwohnerrat nun unternimmt. Es ist eine schlechte Lösung, die Kultur, die Feuerwehr oder den Werkhof ins Zentrum zu stellen. Die SVP will Brücken bauen. Von den gesprochenen Voten ist dasjenige von Judith Luthiger das vernünftigste.

Martin Heiz stellt fest, dass die Postulat von Thomas Lammer und Christine Kaufmann im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegen und somit über eine Abschreibung abgestimmt wird.

Judith Luthiger ist erstaunt. Die FDP spricht von einem riesigen Deal, auch die CVP hatte Ideen. Sie will wissen, wie das ganze Projekt, welches super geplant ist, finanziert werden soll. Der Rat soll sich dafür outen.

Erich Tschümperlin glaubt, dass Paul Winiker seine Finanzen saniert. Solange jedoch Defizite geschrieben werden, ist dies nicht möglich. Er hofft, dass Kriens in drei bis vier Jahren aus dem "Gröbsten raus" ist. Die Investitionsmöglichkeiten müssen aufgezeigt werden.

Für Michael Günter ist es eine berechtigte Frage, wie das ganze Projekt finanziert werden soll. Tatsache ist, dass mit einer Etappierung kein Geld gespart wird. Er sieht nur bei der Handlungsalternative 2 Sparpotential. Jeder soll aber selber seine Meinung darüber bilden. Es darf einfach nicht riskiert werden, dass das gesamte Projekt den Bach runter geht.

Gemäss Simon Konrad muss unterschieden werden, was Investitionen und was laufenden Ausgaben sind. Investiert wird für die Zukunft. Kriens muss attraktiv bleiben und es muss gut überlegt sein, welches Modell realisiert werden soll. Wenn der Saal kleiner gebaut wird, ist dies für einen Investor sicher von Vorteil, da mehr Gewerbefläche zur Verfügung stehen. Die Zukunft von Kriens darf nicht zu pessimistisch gesehen werden, nur weil rote Zahlen vorhanden sind. Der Sprecher macht beliebt, dass die Sistierungsphase nun beendet werden und der modifizierten Variante 2 zustimmen soll.

Für Daniel Piazza ist eine Gemeinde, die keine Investitionen tätigt, eine tote Gemeinde. Man muss für die Zukunft Nutzen generieren und attraktiven Lebensraum schaffen. Es geht um das Abwägen, was man sich leisten kann und was die Gemeinde weiter bringt. Die Variante 2 ist sicher die beste Handlungsalternative für eine gesunde Gemeinde.

Martin Heiz unterbricht die Sitzung für eine Pause von 15:30 Uhr bis 16:00 Uhr.

Detailberatung Bericht

S. 6 – Handlungsalternative 2 mit Verzicht auf den „Grossen Saal“ im Zentrum Pilatus
Ursula Müller findet es gut, dass verschiedene Handlungsvarianten durchgedacht wurden. Eine Stellungnahme der Vereine fehlt aber. Die Handlungsvariante 2 sieht einen Verzicht des „Grossen Saals“ im Zentrum Pilatus vor. Sie bezweifelt es aber, dass die Kultur in einem Grossen Saal in der Schappe Süd genügend Platz hat. Schappe Süd steht als Ersatz für das Scala, Pilatussaal und Gemeindegewölbe. Sie ist nicht sicher, ob alle Vereine mit der Handlungsvariante 2 zufrieden wären, denn es finden vielfach Veranstaltungen zur gleichen Zeit statt. Sie ist dafür, dass ein redimensionierter Saal realisiert wird. Sie verweist auf Seite 9 „Musikschule“, Phase 2. Beim Planungsbericht Kulturstätten war es ein zentrales Anliegen, dass Musikschulräume zur Verfügung gestellt werden. Falls die Variante 2 realisiert wird und dadurch auf einen Saal im Zentrum Pilatus verzichtet wird, regt sie an, eine Bedarfsumfrage bei den Vereinen durchzuführen.

Simon Konrad hat eine Frage zum low-budget-Saal. Auf Seite 6 ist festgehalten, dass eine Kostenreduktion von den rund 12,5 Mio. Franken auf 8 – 9 Mio. Franken denkbar ist. Ist es rich-

tig, dass gemäss Variante 0 das Investitionsvolumen für den grossen Saal auf 6,5 Mio. Franken reduziert wird?

Gemäss Matthias Senn ist diese Überlegung richtig. Zu den Ausführungen von Ursula Müller bemerkt er, dass der „Grosse Saal“ beim bisher vorgesehenen Programm mit zwei Sälen zu wenig stark genutzt würde. Es ist nur noch ein Saal vorgesehen mit einer oberen Grenze der Nutzung. Die Proben und Veranstaltungen möchte man trennen. Insbesondere Theatervereine reservieren heute den Pilatussaal für 5 – 6 Wochen für Proben und Aufführungen. Man möchte zudem bessere Proberäumlichkeiten für Musikvereine zur Verfügung stellen. Bei der Handlungsalternative 2 ist die Musikschule mit 2 Mio. Franken eingerechnet.

Martin Heiz erklärt, dass zuerst über die Abschreibung des Postulats Lammer abgestimmt wird. Wenn das Postulat Lammer abgeschrieben wird, werden die Planungen fortgesetzt. Sollte das Postulat Lammer nicht abgeschrieben werden, würde man der Handlungsalternative 4 zustimmen und die Sistierung der Planungen bleibt aufrecht.

Judith Luthiger fragt, wie lange eine Sistierung aufrecht erhalten bleibt und ab welchem Zeitpunkt.

Matthias Senn antwortet, dass diese Sistierung mindestens 6 Monate dauern würde und dies ab dem heutigen Zeitpunkt.

Abstimmung Abschreibung Postulat Lammer

Das Postulat wird mit 25:6 Stimmen abgeschrieben.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja

Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	Enthaltung

Martin Heiz hält fest, dass nun über die Abschreibung des Postulats Kaufmann abgestimmt wird. Falls dieses Postulat abgeschrieben wird, wird der Gemeinderat die Handlungsalternative 1 mit Planung und Entscheid in zwei Phasen weiterverfolgen. Die Reduktion oder der Verzicht auf den Grossen Saal im Zentrum Pilatus würden nicht mehr weiterverfolgt. Wenn das Postulat nicht abgeschrieben wird, wird der Gemeinderat die Handlungsalternative 2 modifiziert weiterverfolgen. Die weitere Planung erfolgt mit Verzicht auf den „Grossen Saal“ im Zentrum Pilatus und Realisierung eines „Grossen Saals“ in den Werkstätten Schappe Süd.

Abstimmung Abschreibung Postulat Kaufmann

Das Postulat wird mit 23:7 Stimmen nicht abgeschrieben.

Aakti, Brahim	Enthaltung
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Piazza, Daniel	nein
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	nein

Martin Heiz erklärt das Abstimmungsverfahren für die konsultative Abstimmung.

Simon Konrad bemerkt, dass man bei der Handlungsalternative 0 nicht von einem Baukredit von 25 Mio. Franken spricht, sondern aufgrund der Situation auf einen low-budget-Saal umschwenken könnte. Dies würde Sinn machen gegenüber dem Investor. Es stehen 21,5 Mio. Franken (Handlungsalternative 0) dem Betrag von 17,5 Mio. Franken (Handlungsalternative 2) gegenüber. Diese Lösung ist aber nicht optimal. Ein Saal muss zwingend vorhanden sein. Die Handlungsalternative 0 wird gemäss einer Umfrage des Gewerbeverbandes Kriens durch die Bevölkerung gestützt. Er dankt, wenn die konsultative Abstimmung durchgeführt und der optimalsten Lösung für Kriens zugestimmt wird.

Gemäss Michael Günter besteht eine Unzufriedenheit. Die SVP wird sich in der Konsultativabstimmung enthalten.

Martin Heiz weist darauf hin, dass die Konsultativabstimmung für den Gemeinderat nicht bindend ist.

Abstimmung Durchführung Konsultativabstimmung
Der Durchführung wird mit 23:4 Stimmen zugestimmt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	Enthaltung
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Fluder, Hans	Enthaltung
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	Enthaltung
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Schilling, Mauro	Enthaltung
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja

Wespi, Peter	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

Konsultativabstimmung Variante 2 (Gemeinderat) gegenüber Variante 0
 Mit 16:7 Stimmen wird der Variante 0 zugestimmt.

Aakti, Brahim	Variante 0
Bienz, Bruno	Variante 0
Bienz, Viktor	Variante 2 (GR)
Bründler, Anton	Enthaltung
Camenisch, Räto	Enthaltung
Dalla Bona, Johanna	Variante 0
Fluder, Hans	Enthaltung
Frey, Maurus	Variante 0
Graber, Kathrin	Variante 2 (GR)
Graf, Alfons	Enthaltung
Günter, Michael	Enthaltung
Hahn, Alex	Variante 0
Heini, Martin	Variante 0
Kalt, Mirjam	Variante 0
Kaufmann, Christine	Variante 2 (GR)
Kiener, Beatrice	Variante 0
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	Variante 0
Lammer, Thomas	Variante 0
Luthiger, Judith	Variante 0
Marbacher, Monika	Variante 2 (GR)
Müller, Ursula	Variante 0
Nyfeler, Nicole	Variante 0
Piazza, Daniel	Variante 2 (GR)
Schilling, Mauro	Enthaltung
Schwizer, Roland	Variante 2 (GR)
Tanner, Beat	Variante 0
Tschümperlin, Erich	Variante 0
Urfer, Mario	Variante 0
Wespi, Peter	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	Variante 2 (GR)
Wili, Alexander	Enthaltung

Judith Luthiger fragt sich, ob der Gemeinderat die Zentrumsplanung auch in zwei Varianten dem Stimmvolk vorlegen kann. Einerseits die Variante 0, welche nun eine Mehrheit im Einwohnerrat fand, andererseits die abgespeckte Variante mit zwei Phasen.

Gemäss Matthias Senn kommt es auf das Prinzip an. Beim B+A Planungskredit hatte man einen Planungsstand auf Stufe Vorstudie; die Höhe der Baukredite waren grob berechnet. Dieser Planungsstand wäre zu wenig genau, um damit beim Einwohnerrat und Stimmvolk einen Baukredit zu beantragen. Es soll ein guter Bauprojektstand vorliegen. Wenn dem Stimmvolk zwei Varianten vorgelegt werden sollten, würde das bedeuten, dass das Zentrum Pilatus doppelt durchgeplant werden müsste und dadurch doppelte Planungskosten entstehen.

Daniel Piazza ist von der Haltung der SP verwirrt. Zuerst ist diese dagegen und bei der Abstimmung stimmt sie trotzdem für die Maximalvariante O.

Judith Luthiger führt aus, dass die SP hinter der Zentrumsplanung steht. Nach wie vor findet man die Variante O am besten. Im Moment ist diese aber nicht finanzierbar.

Martin Heiz wünscht dem Gemeinderat gutes Gelingen.

5. Motion Piazza: Audio-Einwohnerratsprotokoll

Nr. 210/11

Gemäss Martin Heiz opponiert die Geschäftsleitung gegen die Überweisung.

Gemäss Daniel Piazza fordert die JCVP, dass neu auf ein geschriebenes Wortprotokoll verzichtet und nur noch ein Beschlussprotokoll erstellt wird. Stattdessen sollen die Einwohnerrats-Debatten digital aufgenommen werden und per Internet oder CD für interessierte Kreise abhörbar sein. Die JCVP regt damit an, alte Bürokratie-Zöpfe abzuschneiden. Welche Ziele verfolgt die JCVP mit diesem Vorstoss?

- Effizienzsteigerung und Bürokratieabbau: Die Erstellung eines Einwohnerratsprotokolls braucht viel Zeit. Das Gegenlesen eingereicherter Voten, verfassen mündlich gehaltener Voten etc., all das ist eine riesige Arbeit, die sich die Gemeinde Kriens ersparen kann. Das Gesagte wird aufgenommen und ist 1:1 auf dem Internet abrufbar. Für jene, die kein Internet haben, gibt es eine CD. Dieses Audio-Protokoll braucht zwei Stunden Arbeit, mehr nicht. Dies steht in keinem Verhältnis zum bisherigen Aufwand fürs Protokollieren, wo man damit rechnet, dass für eine 5-stündige Debatte ein Aufwand von ca. 25 bis 40 Stunden verursacht wird.
- Spareffekt: Wenn weniger Aufwand für das Protokollieren benötigt wird, hat die Gemeindekanzlei mehr Zeit für andere Arbeiten. Der Einsparungseffekt wird von anderen Parlamenten ganz klar nachgewiesen.
- Transparenzsteigerung: Wenn man das Votum 1:1 übers Internet abhören kann, ist das transparenter und attraktiver, als wenn man sich in einem 100-seitigen Protokoll die Stellen raus suchen muss.

Der Sprecher bittet den Vorstoss zu unterstützen. Die JCVP ist gerne auch bereit ist, diesen als Postulat einzureichen.

Johanna Dalla Bona empfiehlt namens der Geschäftsleitung des Einwohnerrates diese Motion abzulehnen, obwohl eine Audio-Protokollierung sicherlich modern und technisch relativ einfach zu realisieren wäre. Die Verarbeitung eines Audio-Protokolls in der Form wie es z. B. die Stadt Basel kennt (Homepage, Audioprotokoll sowie Wort- und Beschlussprotokoll), erscheint sehr aufwändig und ist eine Zusatzleistung. Die Geschäftsleitung sieht daher keine Einsparungsmöglichkeiten. Was die Forderungen des Motionärs in Punkt 2 und 3 betreffen, so ist nicht zu vergessen, dass bei der Beratung der neuen Geschäftsordnung des Einwohnerrates eine grosse

Mehrheit entschieden hat, auf ein Beschlussprotokoll zu verzichten und auch weiterhin ein Sinnprotokoll zu verfassen. Dies noch vor nicht allzu langer Zeit. Nach Rücksprache mit den Protokollführerinnen hat sich der Zeitaufwand in den letzten Jahren für die Protokollierung zudem deutlich verringert, da ihnen immer mehr Votes elektronisch zur Verfügung gestellt werden. Die Geschäftsleitung ist ausserdem der Ansicht, dass es für die politische Arbeit bedeutend einfacher ist, bei Recherchen zu Geschäften oder Aussagen auf ein geschriebenes Wortprotokoll zurückzugreifen und sieht ein Audio-Protokoll dafür als ein eher ungeeignetes Instrument. Die Geschäftsleitung empfiehlt die Ablehnung als Motion sowie auch die Ablehnung als Postulat, da man dies bereits ausführlich prüfte.

Räto Camenisch ist der Meinung, dass man nicht grössenwahnsinnig werden soll. Für das Audio-Protokoll müssten jede Votes skelettiert werden. Man kann nicht 2 Stunden ein Protokoll anhören. Die Stadt Basel kann sich dies leisten. In Kriens hat man andere Probleme, als viel Geld für so etwas auszugeben. Der Kantonsrat beispielsweise kennt noch nicht einmal ein elektronische Abstimmung. Ein Audio-Protokoll ist nicht notwendig.

Beatrice Kiener bemerkt, dass man grundsätzlich innovativ und fortschrittlich sein und denken möchte. Der Vorstoss von Daniel Piazza ist nach Meinung der FDP-Fraktion innovativ und fortschrittlich. Zu gerne würde man ihm zustimmen. Allerdings überzeugen und überwiegen auf der anderen Seite die Argumente der Geschäftsleitung, wonach im politischen Betrieb fast nicht auf ein geschriebenes Protokoll verzichtet werden kann. Die Geschäftsleitung hat dargelegt, dass ein Audio-Protokoll alleine nicht ausreichen und es weiterhin ein geschriebenes Protokoll brauchen würde. Somit würde ein zusätzlicher Aufwand entstehen, den man sich derzeit nicht leisten kann und will. In diesem Sinne folgt die FDP dem Antrag der Geschäftsleitung auf Ablehnung der Motion. Man bittet Daniel Piazza aber auch künftig um so tolle Vorstösse.

Brahim Aakti hält namens der SP-Fraktion fest, dass nichts authentischer als ein Audio-Protokoll ist, denn es gibt die Aussagen eins zu eins wieder. Doch aus Sicht der SP ist ein schriftliches Wortprotokoll unverzichtbar. Viele der Fraktionsmitglieder benötigen dieses für Recherchen oder um etwas nach zu schauen. Genau dafür ist das Audio-Protokoll ungeeignet bzw. das Wortprotokoll geradezu prädestiniert. In einem elektronischen pdf-Dokument lässt sich mit Hilfe der Suchfunktion sehr effizient finden, was man eben sucht. So kann man z.B. über das Stichwort "Tristesse" sehr schnell zum entsprechenden Votum gelangen. Ob man das beim Audio-Protokoll wirklich nochmals hören möchte, lässt er an dieser Stelle offen. Auch kann man quer über mehrere Dokumente gleichzeitig suchen, was bei einem Audio-Protokoll nicht denkbar ist. Da man nicht auf das Wortprotokoll verzichten kann, wäre das Audio-Protokoll ein Zusatzaufwand und mit entsprechenden Mehrkosten verbunden. Das ist sicher nicht im Sinne des Initianten. Aus diesen Gründen muss die SP-Fraktion die Überweisung der Motion ablehnen. Bei einer Überweisung als Postulat ist die Fraktion geteilter Meinung.

Bruno Bienz teilt mit, dass die Grünen diesen Antrag nicht unterstützen können. Man ist nicht der gleichen Meinung wie der Motionär, dass der Arbeitsaufwand sich massiv verkleinert. Zudem ist es so, dass viele Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen das geschriebene Protokoll bei einer späteren Sitzung wieder als Arbeitsinstrument brauchen. Dafür ist ein audiodigitales Protokoll nicht tauglich. Man kann sich höchstens vorstellen, dass für die Erstellung des Protokolls die Sitzung aufgezeichnet wird, falls dies eine Entlastung für die Protokollschreiberinnen bedeutet. Die Grünen möchten definitiv keine monatliche „Arena-Sendung“ aufzeichnen.

Daniel Piazza hält fest, dass das Skelettieren tatsächlich notwendig wäre. Für diese Aufteilung braucht man ca. zwei Stunden. Zusätzlich zu Basel hat er auch mit Appenzell-Ausserrhodon und der Stadt Zürich Kontakt aufgenommen. Der Aufwand bleibt mit zunehmender Sitzungslänge gleich. Er spürt, dass eine gewisse Skepsis vorhanden ist. Das papierlose Büro wird aber irgendwann kommen und e-Government wird auch in Kriens bald kein Fremdwort mehr sein. Diese Neuerung nimmt zwar 36 Einwohnerräten und 5 Gemeinderäten ein bisschen Komfort beim Recherchieren in alten Dokumenten, bringt dem Bürger aber Ersparnisse und einen transparenteren Polit-Betrieb in Kriens. Der Sprecher spart lieber hier als an anderen Orten. Gemäss Begründung der Geschäftsleitung ist die Audio-Aufnahme technisch einfach zu realisieren. Zudem ergibt es nicht riesige Mehrkosten. Seine Abklärungen haben gezeigt, dass ein Aufnahmegerät zwischen 100 und 200 Franken kostet und direkt an die bestehende Mikro-Anlage angeschlossen werden kann. Das ist eine Minimal-Investition, die viele Einsparungen für die nächsten Jahre ermöglicht. Was bleibt im Vergleich zu heute sind die Wortprotokollierungen bei Debatten über Reglemente (wo das Parlament also seine legislative Funktion wahrnimmt) sowie die Übersicht über das Abstimmungsverhalten der Einwohnerrats-Mitglieder. Wer weiss, vielleicht kann man die Bürger damit mehr motivieren, zum Beispiel eine Debatte über die Beschleunigung des Verkehrsflusses in Kriens oder Teile davon online abzuhören. Das ist auf jeden Fall attraktiver und einladender, als dass sich die Bürger ein 100-seitiges Protokoll besorgen und die entsprechenden Stellen raussuchen und lesen. Er freut sich, wenn man trotz Skepsis den Vorstoss im Sinne eines Postulats unterstützt.

Abstimmung Überweisung Motion als Postulat

Die Überweisung wird mit 24:6 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	Enthaltung
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfelner, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein

Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	nein

6. Postulat Lammer: Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strassen- und Verkehrsplanung Nr. 226/11

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung.

Gemäss Thomas Lammer ist es wohl nicht abzustreiten, dass nur eine Zusammenarbeit in allen Bereichen des Verkehrs zu einer Verbesserung der heutigen Situation führt. Dies wird vom Gemeinderat in seiner Stellungnahme auch nicht bestritten. Gut ist natürlich auch, dass man in der Fachgruppe „Verkehr/Umweltschutz und Raumordnung“ des Projektes „Starke Stadtregion Luzern“ dies als Aufgabe mit hohem Potenzial erkannt hat. Doch unabhängig davon, ob Kriens in einer Fusion aufgeht oder eigenständig bleibt, ist das Thema brennend. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs soll neu der Verkehrsverbund für eine Politik aus einer Hand sorgen. Man soll dafür sorgen, dass dies auch im Bereich des Individualverkehrs geschieht. Nur ein Nebeneinander und ein ständiger Austausch auf den verschiedenen Ebenen geben diese Chance. Dazu braucht es keine Fusion. Es braucht nur den Willen, dies zu tun. Der Sprecher hält deshalb am Postulat in der vorliegenden Form fest und hofft auf Unterstützung. Das vorliegende Postulat wurde in ähnlicher Form in den Gemeindeparlamenten von Horw, Emmen, Luzern sowie im Kantonsrat von den jeweiligen FDP-Fraktionen eingereicht.

Matthias Senn hält fest, dass der Gemeinderat mit dem vorliegenden Vorstoss inhaltlich voll einverstanden ist. In der Agglomeration muss besser zusammengearbeitet werden. Es sind bereits Aktionen im Gange. Kürzlich hat eine Sitzung in Luzern mit den Agglomerationsgemeinden stattgefunden, wobei über die Bedürfnisse diskutiert wurde. Es waren sehr konstruktive Diskussionen. Auch die Zusammenarbeit mit LuzernPlus wird weitergeführt. Da zum heutigen Zeitpunkt noch unklar ist, wie die regionale Zusammenarbeit im Bereich Verkehrsplanung verbessert werden kann, hat der Gemeinderat das Postulat abgelehnt.

Sollte sich Thomas Lammer wirklich für die Förderung des öffentlichen sowie des Individualverkehrs einsetzen und damit in der Gemeinde Kriens Erfolg haben, ist Peter Wespi der erste, der vor diesem Vorhaben den Hut ziehen wird. Es braucht wirklich für alle Einwohner von Kriens eine befriedigende Lösung, denn nicht nur Grün/Links bezahlt in der Gemeinde Steuern. Man baut in Kriens eine Badi mit Naturteich und möchte sich nach Aussen besser in Szene setzen und neue Badegäste anlocken. Diese Aussage stammt übrigens nicht von ihm. Auswärtige Badegäste kommen wohl eher selten mit dem ÖV nach Kriens und bringen wohl Geld, aber auch Verkehr und Belastung. Es ist nur richtig, für alle eine vernünftige Lösung zu erarbeiten und niemanden, der in dem schönen und hoffentlich fusionsfreien Krienser Städtchen lebt, zu benachteiligen. Man wird mit Spannung die Vorschläge und, hoffentlich für alle, die positiven Resultate im Herbst erwarten. Die SVP-Fraktion unterstützt das vorliegende Postulat nicht.

Roland Schwizer fragt sich, ob dies eine gute Idee zum falschen Zeitpunkt ist. Das Postulat Lammer hängt im Moment im luftleeren Raum. Das Postulat fordert, dass die bessere Zusam-

menarbeit mit anderen Gemeinden und dem Kanton im Bereich der Verkehrsplanung geprüft wird. Eine ähnlich gelagerte Thematik hat das Projekt „Starke Stadtregion Luzern“. In diesem Jahr werden der Krienser Einwohnerrat und das Stimmvolk über das weitere Vorgehen in diesem Projekt befinden. Am 27. November 2011 werden die Karten der Agglomeration neu gemischt. Ab diesem Zeitpunkt wird sich zeigen, wie sich die Stadt und Agglomeration organisieren wird und mit welchen Partnern überhaupt verhandelt werden kann. Man soll diesen Entscheidung abwarten und heute keine Abklärungsleichen kreieren, die in der Verwaltung herumliegen. Aus diesem Grund ist die CVP/JCVP-Fraktion für die Ablehnung dieses Postulats.

Judith Luthiger führt aus, dass die SP-Fraktion dieses Anliegen grundsätzlich absolut unterstützen kann. Regionale Zusammenarbeit im Bereich Verkehr ist ein Punkt in der gesamten Diskussion des Projekts „Starke Stadtregion Luzern“. Wenn man Verkehrslösungen in Kriens will, so muss man im Bereich Strassen- und Verkehrsplanung dringend mit den anderen Gemeinden zusammenarbeiten. Aber braucht man dazu wirklich einen neuen Bericht? Die SP glaubt, dass diese Forderung ein typischer Fall für regionale Zusammenarbeit ist. Reicht der Bericht „Starke Stadtregion Luzern“ noch nicht aus? Es ist interessant, dass die FDP überregionale Lösungen anstrebt, aber damals nichts von einer Krienser Lösung wissen wollte. Die SP hat damals einen Vorstoss eingereicht, in welchem man bei Neubauten automatisch auch eine Anpassung des Verkehrsrichtplans forderte. Neubauten generieren Mehrverkehr und verlangen doch Verkehrslösungen. Man hat jetzt einfach zugeschaut, abgewartet und hat es auch teilweise verschlafen, die Verkehrsprobleme aktiv anzugehen. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab und erachtet die Forderung eines weiteren Berichtes als unnötige Beschäftigungstherapie für den Gemeinderat. Es soll jetzt gehandelt und alle möglichen Schalthebel in Bewegung gesetzt werden.

Maurus Frey bemerkt, dass sich die Grünen für eine freie, jedoch umweltverträgliche Mobilität einsetzen. Man ist jedoch nicht bereit, dieser „Freiheit“ alles unterzuordnen. Das Bedürfnis nach hoher Lebensqualität steht für die Grünen im Vordergrund. Lebensqualität ist Wohlstand. Diese motorisierte Mobilität kratzt durch dauernde Staus, Lärm und schlechter Luft am Wohlstand in den Ballungszentren. Der Ausbau, ja nur die Aufrechterhaltung, der individuellen mobilen Freiheit geht auf Kosten unserer Lebensqualität. Die Strassenkapazitäten sind an der Grenze. Jeder Ausbau zieht mehr Verkehr nach sich. Das ist übrigens auch mit dem Bahnausbau so. Mit dem Argument der ÖV-Förderung lassen sich die Grünen nicht zum Strassenausbau verlocken. In immer mehr Verkehr kommt der ÖV nicht vorwärts. Der Sprecher möchte nicht den bekannten ÖV gegen MIV Glaubens-Krieg wieder entzünden. Der FDP geht es um die Freiheit und den Grünen um Lebensqualität. Diesen Krieg soll man besser ruhen lassen. Für die Grünen ist klar, dass man für die Optimierungen des ÖV's auf einen Konsens mit dem MIV-Lager angewiesen ist. Also pflanzt man vorerst keine Blumen auf den Strassen. Ausser man hat dann mal eine Hochbahn. Der Akzent des Vorstosses liegt auf Kapazitätsausbauten und wird von den Grünen nicht unterstützt. Die gegebenen Strukturen lassen gar keinen Platz für weiteren Strassenausbau. Inkonsequent ist die Tatsache, dass sich die FDP für neue überregionale Planungsinstrumente einsetzt und gleichzeitig die gesamtheitlichen lokalen Lösungsversuche blockiert. Seit wann diskutiert man über die Aktualisierung der Krienser Gesamtverkehrsplanung im Gleichschritt mit der Ortsplanung? Die Gesamtverkehrsplanung wird konsequent verhindert. Sie ist auch in der aktuellen Ortsplanungsrevision kein Thema. Die Anzahl der Vorstösse zum Thema Verkehr zeigen, dass die Situation nicht befriedigend ist. Ein bisschen Optimierung da, ein bisschen Busspur da. Aber ja keine gesamtheitliche Verkehrsplanung. Heute wird man über vier solcher „Pflästerli“ entscheiden. Wenn man gute Konzepte hat, könnte man die kommunalen Nachbarn leicht damit überzeugen. Diese Konzepte will man aber nicht erarbeiten, weil

man Angst hat, das Auto könnte dabei schlechter wegkommen. Man soll sich trauen. Die Grünen fordern eine richtige Verkehrsplanung und lehnen das vorliegende Postulat ab.

Simon Konrad stellt fest, dass die Aussage von Maurus Frey nicht unbedingt das ist, was die Krienserinnen und Krienser möchten. Die verschiedenen Verkehrsmittel sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gemäss einer Umfrage des Gewerbeverbandes Kriens (GVK) stellte sich Folgendes heraus:

Wie soll Kriens seine Verkehrsprobleme im Zentrum angehen?

- Mehr Busspuren Ja: 69 % / Nein: 31 %
- Anschluss ans Eisenbahnnetz Ja: 62 % / Nein: 36 %
- Bau einer Umfahrungsstrasse Ja: 67 % / Nein: 32 %
- Entlastung der Hauptachse (Luzernerstrasse) Ja: 63 % / Nein: 34 %

Abstimmung

Der Überweisung wird mit 15:14 Stimmen zugestimmt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	Enthaltung
Wespi, Peter	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

7. Bericht Postulat Lammer: Baulücken in der Gemeinde Kriens Nr. 178/10

Thomas Lammer führt aus, dass im Normalfall jede Bauherrschaft auf eine möglichst schnelle Erteilung der Baubewilligung drängt, damit mit dem Bau möglichst rasch begonnen werden kann. Wie im Bericht des Gemeinderates steht, handelt es sich im vorliegenden Fall um eine Ausnahme, welche sich aber, wie die Chronologie zeigt, zu einem Ärgernis für viele Anwohner entwickelte. Über Jahre bei einer Baugrube zu wohnen, wo man nicht weiss, ob es nun ein Werkhof für zeitweise nicht benötigte Maschinen ist, stellt ein Ärgernis dar. Seit dem 14. März 2011 sind nun die Bauarbeiten im Gang und schreiten voran. Der Sprecher bedankt sich beim Gemeinderat für den Bericht und vor allem für die Auflistung der leidvollen Geschichte. Nicht einverstanden ist er allerdings mit dem beschriebenen Dilemma des Gemeinderates. Wenn man als Bauherr weiss, dass die Bewilligung aus Gründen für eine weitere Verzögerung nicht entzogen wird, so hat man eigentlich einen grösseren Spielraum als die gesetzlichen 2 Jahre. Dieses Signal sollte nicht abgesetzt werden. Es sollten für alle die gleichen Regeln mit den entsprechenden Pflichten gelten: Von einem effizienten und raschen Bewilligungsverfahren bis zur Umsetzung durch die Bauherrschaft. Einzelfall hin oder her.

Matthias Senn erklärt, dass dieses Problem kürzlich in der Arbeitsgruppe „Revision Planungs- und Baugesetz“ besprochen wurde. Bei anderen Gemeinden liegen solche Einzelfälle ebenfalls vor. Es gibt Gründe, wozu man mit dem Baubeginn länger warten muss. Die Nachbarn stören sich an offenen Baugruben und nicht an einem späteren Baubeginn. Es soll deshalb die Möglichkeit nach mehr Flexibilität beim Baubeginn geschaffen werden.

Patrick Koch hält fest, dass die Baulücke am Lauerzweg bei den Anwohnern seit Jahren für Unmut sorgt. Statt zu bauen hat die Bauunternehmung den Bauplatz als Abstellraum für Baumaschinen missbraucht. Die SVP ist erschüttert über die Vorkommnisse rund um diese Baulücke und stellt fest, dass das System im Fall Amberg total ausgereizt wurde. Dies ist geradezu eine vorsätzliche Verzögerung von Baubewilligungen. In diesem Fall hätte auch eine Verlängerung der Baubewilligung, wie vom Kantonsrat gefordert, nichts gebracht. Es darf einfach nicht sein, dass eine Baufirma eigenmächtig Siedlungspolitik betreibt und die Entwicklung der Gemeinde blockiert. Bei der grassierenden Wohnraumknappheit muss eine rasche Realisierung der Häuser im Sinne der Gemeinde sein. Solche Fälle dürfen sich in Kriens nicht wiederholen.

Maurus Frey erläutert, dass im Jahr 2008 dem Baudepartement eine zusätzliche Stelle für das Baucontrolling genehmigt wurde. In den letzten Jahren hatte man jedoch immer wieder den Eindruck, dass es eben genau beim Baucontrolling etwas hapert; z.B. illegale Bauten, Abweichungen von erteilten Baubewilligungen. Er fragt, ob die Stelle für das Baucontrolling eingesetzt wird. Das Baudepartement soll die vorhandenen Ressourcen und den bestehenden Rechtsraum nutzen. Gegebenenfalls drängt sich eine Überprüfung der Prozesse im Controlling auf. Eine schnelle erteilte Baugenehmigung ist eine gute Sache, jedoch gilt es, die Bauprojekte weiter zu betreuen, um schnell auf Probleme reagieren zu können. Gerade das im geschilderten Beispiel betroffene Quartier trägt keine verwahrlosten Bauruinen. Diese werten das Quartier nur ab. Die Grünen unterstützen das Postulat.

Martin Heiz hält fest, dass der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

**8. Postulat Piazza: Geld sparen mit gemeinsamem Telefonie-
Abonnement - Anschluss der Gemeinde Kriens an den Telefonie-
Vertrag des Kantons Luzern Nr. 228/11**

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

**9. Postulat Koch: Beschleunigung des Verkehrsflusses im Kupferhammer
Nr. 229/11**

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

**10. Motion Camenisch: Sistierung des Projekts Schappe-Süd - zügigerer
Ausbau der Sportanlagen Kleinfeld Nr. 231/11**

→ Neu: Trakt. 3a

**11. Postulat Hahn: Verbesserung des Verkehrsflusses in den Stosszeiten
im Dorfzentrum Nr. 233/11**

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

**12. Postulat Maldonado: Das Angebot "Unpersönliche General-
abonnemente" (Tageskarten Kriens) verbessern Nr. 235/11**

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Johanna Dalla Bona opponiert der Überweisung. Die unpersönlichen Generalabonnemente sind ein gutes und attraktives Angebot für die Bevölkerung von Kriens. Die Sprecherin hat, vor allem als ihre Kinder noch klein waren, dieses Angebot einige Male genutzt. Sie hat ebenfalls die

Situation schon erlebt, dass keine Karte für den betreffenden Tag vorhanden war und hat dies natürlich bedauert. Trotzdem lehnt sie und auch die ganze FPD-Fraktion dieses Postulat ab. Aufgrund der Finanz-Diskussion muss man sich überlegen, welche Leistungen Kriens erbringen muss. Dieses Angebot ist „nice to have“ und nicht “need to have”. Zudem hat man sich von der wirtschaftlichen Krise erholt. Die Rentner stehen finanziell grossmehrheitlich gut da und profitieren bereits von anderen Vergünstigungen. Sie bittet, das Postulat nicht zu überweisen.

Gemäss Hans Fluder werden mit diesem Vorstoss die eigenen Sparanstrengungen untergraben. In diesem Vorstoss wird gar von einer Wirtschaftskrise gesprochen. Tatsache ist, dass sich die Wirtschaft in den letzten 12 Monaten, trotz starkem Schweizer Franken, grösstenteils erholt hat. Im Moment blüht die Wirtschaft sogar. Die Arbeitslosenquote betrug im Kanton Luzern per Ende 2010 2,6 % und erholt sich stetig. In der Stadt Luzern kostet die Tageskarte ebenfalls 42.00 Franken. Somit liegt das Krienser Angebot völlig im Rahmen. Die Nutzer dieses Angebotes machen in der Regel weite Reisen. Eine Zugfahrt in der 2. Klasse von Luzern nach Genf und wieder retour kostet Fr. 148.00. Reist man einen Weg über Zürich, dann kostet das Billet Fr. 192.00. Also ist die Tageskarte mit Fr. 42.00 sehr billig. Die SVP-Fraktion beantragt dieses Postulat abzulehnen.

Cyrell Wiget erklärt, dass der Gemeinderat bereit wäre, die Situation der Tageskarten darzulegen. Es besteht aber nicht die Absicht, diese künstlich zu vergünstigen.

Johanna Dalla Bona fragt, welche zusätzlichen Informationen der Gemeinderat hat. Man weiss eigentlich Bescheid und braucht nicht noch mehr Infos.

Für Monika Marbacher ist die Begründung des Gemeinderates völlig kontrovers. Der Gemeinderat könnte direkt die Ablehnung des Postulats beantragen.

Alfons Graf hält fest, dass die Tageskarten heute Fr. 42.00 kosten. Das Postulat Maldonado verlangt eine Anpassung auf Fr. 35.00. Dies ist wieder eine typische Forderung der Linken. Und genau diese Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte geben den Bürgerlichen die Schuld am Defizit der Gemeinde. Die Postulantin begründet, dass man zur Zeit eine wirtschaftliche Krise hätte. Der Sprecher fragt sich ernsthaft, wo die Krise ist. Kein Erdbeben, kein Hochwasser. Der Schweiz geht es gut und ist ein eigenständiges Land mit einer starken Währung. Man soll mal nach Griechenland, Portugal und Spanien schauen. Gerade Spanien mit einer Arbeitslosigkeit von 21 %. Das sind Krisenländer. In der Schweiz floriert die Wirtschaft und es ginge noch besser, wenn die Migrationspolitik funktionieren würde. Bei den Tageskarten der SBB braucht man keineswegs eine Verbilligung. Im Gegenteil, die Preise für die Karten sollten zur Entlastung der Gemeindefinanzen erhöht werden. Die Postulantin verweist auf Beispiele der Gemeinden Horw und Ebikon. Kriens muss sich nicht in allem an anderen Gemeinden messen. Kriens ist eigenständig und wird es auch bleiben. Der Sprecher bittet, das Postulat nicht zu überweisen.

Bruno Bienz bemerkt, dass die Grünen den Vorstoss unterstützen. Man geht mit der Postulantin einig, dass solche Angebote für grosse Bevölkerungsteile sehr wichtig sind. Die Verteuerung der SBB findet man völlig unverhältnismässig. Es macht wirklich langsam den Anschein, dass die SBB vielen Menschen in der Schweiz das Bahnfahren unmöglich machen will. Mit solchen Generalabonnements fördert die Gemeinde zum einen den öffentlichen

Verkehr und zum anderen ermöglicht es einkommensschwachen Personen dem Alltagstrott für einen Tag zu entgehen. Der Gemeinde Kriens ist zugute zu halten, dass beim Preisaufschlag des Generalabonnements nur die Verteuerung der SBB eins zu eins weitergegeben wird. Die Grünen wünschen sich, dass die Gemeinde bei der SBB interveniert und ein attraktives Angebot bieten könnte. Zum Votum der SVP bemerkt der Sprecher, dass sich die Wirtschaft tatsächlich erholt hat. Nichtsdestotrotz sind die Kosten für die Tageskarten für einzelne Personen und Familien sehr viel Geld und daher nicht erschwinglich. Es gibt Familien, die nicht einmal die Schulreise für ihre Kinder finanzieren können. Hier von Luxus zu reden, ist völlig daneben.

Erich Tschümperlin äussert sich zum Votum von Alfons Graf. Dieser bemerkte, dass das Postulat eine typische Forderung der Linken sei. Der Sprecher meint, dass dies eine typische Antwort von Alfons Graf ist. Die Generalabonnemente haben einen hohen Kostendeckungsgrad. Er möchte wissen, wie gross dieser ist und ob man da etwas machen kann.

Michael Günter verweist auf das Sonderangebot der Gemeinde für Kurzentschlossene, wobei man Tageskarten für Fr. 29.00 beziehen kann. Die Tatsache, dass ein solches Angebot eingeführt wurde, zeigt, dass ab und zu freie Generalabonnemente vorhanden sind.

Gemäss Cyрил Wiget wird der Gemeinderat einen Bericht ausarbeiten, wenn der Vorstoss überwiesen wird. Er möchte jedoch nicht sinnlos Berichte auf den Tisch legen, welche man gar nicht möchte. Die Mehrkosten der SBB wurden auch den Benutzenden überwältigt. Für die Gemeinde bleibt der Kostendeckungsgrad erhalten. Bei der Erhöhung der Billettpreise machte die SBB einige Erfahrungen, wobei nicht mehr Einnahmen generiert werden konnten. Die Gemeinde führte das Sonderangebot mit den vergünstigten Tageskarten ein, damit die übrigen Karten nicht verloren gehen. Zum Schluss bemerkt er, dass es nicht so ideal ist, wenn die Postulantin nicht anwesend ist und daher ihren Vorstoss nicht vertreten kann.

Abstimmung

Mit 18:11 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	Enthaltung
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	Enthaltung
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein

Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	Enthaltung
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	nein

13. Postulat Tanner: Einführung flächendeckende Tarifzone 10 für die Gemeinde Kriens Nr. 236/11

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

14. Postulat Tanner: Änderung Verteilungsschlüssel Kostenanteil Gemeinden (50 %) öffentlicher Verkehr Nr. 237/11

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat nicht mehr gegen die Überweisung. In der Zwischenzeit wurde eine neue Begründung zugestellt. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Martin Heini, namens der SP-Fraktion, opponiert dieser nicht durchdachten Forderung. Es ist Tatsache, dass nicht jede Buslinie gleich rentieren kann. Der öV ist aber ein ganz klar definierter Service public und gehört zur Grundversorgung eines Gebietes. Der öV muss sodann nicht primär rentieren, die Zielsetzung liegt anderswo. Der heutige Verteilschlüssel ist nicht am Stammtisch beschlossen worden. Es stecken fundierte Berechnungen und Kompromisse der verschiedenen öV-Partner dahinter. Der Verteilschlüssel, wie gefordert, führt klar zu einer Entsolidarisierung; nicht nur zwischen den Gemeinden (Land, Agglo) sondern auch innerhalb von Kriens zwischen den Linie-1-Nutzenden und Bewohner der Aussenquartiere. Die Forderung kann zum Boomerang werden. Die Linien 15 und 16 müssten quasi verteuert werden, was zu einer weiteren Ausdünnung bis zur Stilllegung führen würde. Dies alles aus dem Aspekt der grösseren Rentabilität resp. kleineren Budgetposten für den öV. Die SP-Fraktion empfiehlt die Nichtüberweisung des Postulats.

Für Beat Tanner ist klar, dass der öV nicht rentiert. Dies muss er auch nicht, aber die Kosten müssen fair verteilt werden. Dass ein Grossteil der Mitwirkenden im Vernehmlassungsverfahren

zugestimmt hat, überrascht nicht, da ein Grossteil von diesem Schlüssel profitiert und ein anderer grosser Teil dieses Modell und die finanziellen Auswirkungen gar nicht verstanden hat. Die Landgemeinden, welche grossmehrheitlich Gewinne schreiben, werden sich immer gegen einen Kostenschlüssel wehren, bei welchem sie mit einer Mehrbelastung rechnen müssen. Die Stadt Luzern und die anderen Agglogemeinden verzeichnen immer einen Verlust. Das ist keine Solidarität. Die Linie 1 hat als einzige Linie einen sehr hohen Kostendeckungsgrad. Es stimmt, dass andere Linien in Kriens sehr viel tiefer ausgelastet sind und folglich einen tiefen Kostendeckungsgrad aufweisen. Der Sprecher ist jedoch der Meinung, dass Kriens finanziell trotzdem von einem fairen Schlüssel profitieren kann und bittet, der Überweisung des Postulats zuzustimmen.

Cyrell Wiget erklärt, dass die Argumentation von Martin Heini ursprünglich auch die Argumentation des Gemeinderates war. Weshalb hat der Gemeinderat seine Meinung geändert? In der Zwischenzeit hat der Verkehrsverbund einen Bericht abgeliefert und eine Massnahmen-Planung aufgezeigt. Zu diesem Bericht hat der Regierungsrat ein Vernehmlassungsverfahren gestartet, welches der Gemeinderat Kriens genutzt hat. Nun möchte man dem Einwohnerrat in Form eines kurzen Berichts aufzeigen, was betreffend Verbesserungen im Busverkehr abgemacht wurde. Die Antwort des Regierungsrates sollte bis dahin ebenfalls vorliegen. Der Gemeinderat empfiehlt aufgrund der aktuellen Situation die Überweisung des Postulats.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 29 Stimmen überwiesen.

Aakti, Brahim	Enthaltung
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	Enthaltung
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Piazza, Daniel	ja
Schilling, Mauro	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja

Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

15. Postulat Tanner: Busspur im Zentrum Hofmatt-Linde Nr. 238/11

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Der Überweisung wird opponiert.

Beat Tanner dankt dem Gemeinderat, dass er bereit ist, im Herbst über den aktuellen Projektstand zu berichten. Der kommunale Richtplan Zentrum Kriens sieht auf der Luzernerstrasse im Abschnitt Hofmatt bis zur Linde einen Mittelstreifen und keine Busspur vor. Die Idee war immer, eine Busspur zu Lasten der Grundstücke Pilatus zu errichten, ohne eine Einschränkung des Individualverkehrs. Nur das würde eine Verbesserung für alle Verkehrsteilnehmenden erwirken. Einer Einschränkung der Autofahrenden könnte man nie zustimmen. Durch eine zusätzliche Busspur würde der Verkehr sicher flüssiger und der öffentliche Verkehr attraktiver. Dieses Projekt wäre ein kleiner Beitrag um die Verkehrsprobleme in Kriens zu lösen. Er bittet den Gemeinderat in diesem Sinne Abklärungen zu treffen und bittet der Überweisung des Postulats zuzustimmen.

Matthias Senn erklärt, dass es bei der vorhandenen Fahrbreite nicht einfach ist, einen zusätzlichen Busstreifen zu machen. Im Zusammenhang mit dem Projekt Kantonsstrasse K4 Kriens, Zentrum, muss dies nochmals geprüft werden. Man wird dies der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) des Kantons Luzern unterbreiten, um die Vor- und Nachteile abzuklären.

Peter Wespi opponiert namens der SVP-Fraktion der Überweisung des Postulats. Es ist sinnlos, auf diese Idee einzugehen, denn diese ist strukturell und wirtschaftlich absolut nicht durchführbar. Nichts gegen öffentliche Verkehrsmittel, denn auch der Sprecher braucht den ÖV regelmässig und besitzt, wie viele andere in diesem Saal auch, ein Halbtaxabo. Er wird jetzt auch utopische Ideen zu Papier bringen und verlangen, dass die Schachenstrasse als Busspur benutzt werden soll und es dann weiter geht über die Südstrasse, die dann natürlich für den Individualverkehr mit einem Fahrverbot belegt würde. Man soll bei realistischen und bezahlbaren Lösungen bleiben, die im Moment aber weder vorliegen noch realisierbar sein werden. Man soll zuerst das Budget ins Lot bringen, ohne immer wieder grosse und neue Schulden zu machen.

Gemäss Mirjam Kalt haben es sich die Grünen nicht einfach gemacht mit ihrer Position zu diesem Postulat. Es ist klar, dass die Grüne Partei für die Förderung des öffentlichen Verkehrs einsteht und daher auch in vielen Fällen für die Einführung von eigenen Busspuren ist. Im vorliegenden Fall ist es aber anders. Im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung sind zwei Anliegen sehr wichtig: Förderung des Langsamverkehrs und Aufwertung des Zentrums. Die Konsequenzen daraus sind, dass es eine Temporeduktion im Zentrum braucht und die Strasse aufgewertet werden soll als Teil eines lebendigen Zentrums, in dem sich die Leute begegnen und

verweilen. In Horw hat man ein Beispiel, wo auf einer Kantonsstrasse eine 30er-Zone eingerichtet werden konnte und diese nun, vor allem auch im Sommer, lebt von den Begegnungen der Bevölkerung. Im Rahmen des Richtplans Zentrum wurde angedacht, in der Mitte einen Streifen einzubauen, der das Zentrum qualitativ aufwerten könnte. Auch wenn jetzt noch nicht ganz klar ist, wie dies konkret aussehen könnte, will man diese Idee jetzt nicht mit einer Busspur verbauen und verhindern. Man will die Option frei halten und ist für einen Mittelstreifen, der für den Langsamverkehr und Begegnungen oder was auch immer vorgesehen ist. Zudem ist es nicht erwiesen, wo der Bus stecken bleibt und ob dies gerade zwischen den Haltestellen Hofmatt und Linde passiert. Die Grünen stehen nicht für eine „Pflasterlipolitik“ ein. Wenn schon, dann müsste man zuerst analysieren und überprüfen, wo der Bus genau stecken bleibt, und dann überlegen, wie dies zu verhindern ist und wo eine Busspur gebaut werden soll. Zum Schluss bemerkt die Sprecherin, dass sich die Grünen freuen, wenn sich immer mehr Parteien auch für grüne Anliegen einsetzen. Wie bereits öfter gesagt, wäre es wundervoll, wenn es die Grüne Partei nicht mehr geben müsste. Nun ist es aber wichtig, ganzheitlich und strategisch zu denken und zu planen und keine „Pflasterli“ aus den folgenden zwei wichtigen Gründen zu verteilen:

- Mittelstreifen für ein qualitatives Zentrum als Option freibehalten
- wenn schon, dann bräuchte es eine genauere Analyse für eine Busspur

Die Grüne-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Da es sich gemäss Beat Tanner um eine Kantonsstrasse handelt, müsste der Kanton Luzern die Finanzierung sicherstellen. In Kriens hat man grosse Verkehrsprobleme. Der Sprecher selber benutzt das Velo, den Bus und gelegentlich das Auto und ärgert sich immer wieder über das Verkehrschaos. Die Passagiere im Bus beschwerten sich auch immer wieder über die Verkehrsprobleme. Es ist klar, dass durch diese Busspur die Verkehrsprobleme in Kriens nicht beseitigt werden können. Es wäre aber ein weiterer Schritt etwas zu tun. Kleine Schritte sind ihm lieber, als gar nichts gegen das Verkehrsproblem zu unternehmen.

Erich Tschümperlin stimmt Beat Tanner zu, dass ein Verkehrsproblem vorhanden ist. Dass der Kanton für die Finanzierung der Busspur aufkommen muss, ist ein schwaches Argument. Wenn eine Busspur erstellt wird und in ein paar Jahren eine Begegnungszone im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung daraus entsteht, da macht der Kanton nicht mit. Man muss aufpassen, dass kein Querstrich gegen die Zentrumsplanung gemacht wird.

Monika Marbacher bemerkt, dass die Gemeinde Horw das Verkehrsproblem gelöst hat. Dort brauchte es auch einmal neue Ideen und eine Gesamtplanung.

Peter Wespi ergänzt, dass Horw auch an die KMU's gedacht hat. Es hat genügend Parkplätze und eine 30er-Zone. Das ist ein Miteinander, was auch zu unterstützen ist.

Abstimmung

Der Überweisung wird mit 20:10 Stimmen zugestimmt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja

Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	Enthaltung
Wili, Alexander	ja

16. Bericht Postulat Heini: 40 auf der Langsägestrasse

Nr. 228/07

Martin Heini hält fest, dass dies ein kleines Anliegen ist, aber grosse Auswirkungen gezeigt hat. Es ist sinnvoll, wenn das Gesamtverkehrskonzept überarbeitet und in die Erneuerung des Verkehrsrichtplans einfließen wird. Der Knoten Amlehn-/Langsägestrasse ist auch ein Thema, welches überarbeitet werden soll. Es ist toll, wenn einem Bautechnikstudent eine Arbeit zu diesem Thema in Auftrag gegeben werden konnte. Es wäre jedoch noch schöner, wenn Unfälle vermieden werden können. Eine Gesamtsicht scheint dem Sprecher wichtig und richtig. Er ist damit einverstanden, wenn sein Anliegen aufgenommen und das Postulat abgeschrieben wird.

Matthias Senn bemerkt, dass die Diplomarbeit des Bautechnikstudenten betreffend dem Knoten Amlehn-/Langsägestrasse nächste Woche benotet wird. Die baulichen Verbesserungen möchte man möglichst bald vornehmen, falls wenige Einsprachen dazu eingehen. Dies ist wirklich dringend, denn es gab dort kürzlich wieder Unfälle. Für diese Knotensanierung muss das Gesamtverkehrskonzept nicht abgewartet werden.

Gemäss Toni Bründler ist die SVP auch dafür, dass eine Knotensanierung zu Gunsten der Sicherheit vorgenommen wird. Es soll nicht auf eine Tempo 30-Zone umgestellt werden, denn eine Tempo 40-Zone erachtet man als gut. Das Gesamtverkehrskonzept wird ebenfalls begrüsst.

Alex Hahn, namens der FDP-Fraktion, appelliert, dass die Kreuzung Kupferhammer möglichst schnell entschärft wird. Unfälle gibt es meistens von oben herab.

Martin Heini stellt fest, dass die Unfallhäufigkeit und -art nicht von der Geschwindigkeit abhängig ist, sondern aufgrund der vorhandenen Schikane.

Martin Heiz hält fest, dass der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

17. Interpellation Wili: Verpachtung Unterhus

Nr. 223/11

Gemäss Martin Heiz liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob eine Diskussion verlangt wird.

Alexander Wili hält fest, dass er seine Interpellation während der Einwohnerratssitzung am 24. Februar 2011 eingereicht hat.

18. Interpellation Piazza: Braucht es in Kriens eine Anpassung des Gemeinderats-Pensionsreglements?

Nr. 225/11

Gemäss Martin Heiz liegt eine schriftliche Antwort vor. Er stellt fest, dass keine Diskussion zur Beantwortung verlangt wird.

19. Postulat Piazza: Weg aus der finanzpolitischen Sackgasse Nr. 241/11

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Der Überweisung wird opponiert.

Daniel Piazza zitiert eine Aussage des amerikanischen Präsidenten Eisenhower an einer Ansprache im Jahr 1954: „Die Geschichte zeigt, dass in der Politik alles drunter und drüber geht, sobald Exekutive und Legislative parteipolitisch nicht übereinstimmen. Politik wird dann nur um der Politik willen gemacht, und das Gemeinwohl nimmt Schaden.“ Den Postulanten geht es mit diesem Vorstoss im Grunde darum, einen der zentralen Aspekte ins Spiel zu bringen, warum in den letzten Jahren der Finanzhaushalt in Kriens nicht ins Lot gebracht werden konnte. Die "Zauberformel" im Krienser Gemeinderat, wonach alle eingebundenen Parteien / Fraktionen Exekutiv-Verantwortung wahrnehmen sollten, hat nicht funktioniert. Es stellt sich also die Frage, für was man in Kriens eigentlich eine Zauberformel für den Gemeinderat mit 1 x Grün, 1 x SP, 1 x CVP, 1 x FDP und 1 x SVP hat. Wieso hat man eine Konkordanz-Exekutive in Kriens? In der Krienser Gemeindeordnung steht nichts von einer Konkordanz. Es ist aber in einer Linie mit der Schweizer Tradition, dass die grössten Parteien auf allen Ebenen in die Exekutiv-

Verantwortung genommen werden, sofern aus Sicht des Volkes valable Kandidaten vorliegen. So können Entscheidungen durch Herbeiführung von einem Konsens in der Exekutive getroffen werden. Dies ist auch das Modell, wie es in Kriens seit 2007 besteht. Wenn dies nicht funktioniert, so ist das Alternativmodell das Konkurrenz-Modell. D.h. oppositionelle Parteien sind nicht in der Exekutive vertreten und bilden eine Gegenkraft zur Exekutive im Parlament. Bis 2007 hatte man dieses Konkurrenz-Modell in Kriens bis die SVP an der finanzpolitischen Radnabe der Gemeinde, nämlich im Finanzdepartement, in den Gemeinderat eingebunden wurde. Das SVP-Mitglied im Gemeinderat hat es dabei nicht geschafft, sich mit seiner Fraktion zu synchronisieren und diese zum Konsens bzw. eben zur Konkordanz zu bewegen. Zwar gab es aufgrund der finanziellen Not-Situation der Krienser Gemeindefinanzen im Mai 2010 ein Lichtblick, wo zwei SVP-Mitglieder an der Budget-Auslegeordnungs-Sitzung der FGK einem Konsens zustimmten. Die SVP hat dann, obwohl sie mit ihrem SVP-Finanzvorsteher „einen Mann in der Brandung“ hat, zur Nein-Parole zum Entlastungspaket mit Investitionsstaffelung umgeschwenkt. Das für die Gemeinde „beste“ Paket, auch aus Sicht von Fachleuten, mit teilweisem Investitionsverzicht und -staffelung, Sparmassnahmen und einer Steuererhöhung wurde aus politischem Kalkül nicht unterstützt. Prompt wurde die skeptische Stimmung im Krienser Volk verstärkt und die unvoreilhaftete Verbindung zur Badi-Abstimmung unterstützt und portiert. Der Rest ist Geschichte: Das Krienser Volk hat mit einer klaren 2/3-Mehrheit „Nein“ zum Entlastungspaket mit Steuererhöhung gesagt. Verständlich, denn das Volk hat nicht so viele Informationen wie der Einwohnerrat und hat mit Ablehnung auf die in einem Gesamtpaket vorgeschlagene Steuererhöhung reagiert. Nicht das erste Mal ist damit der Gemeinderat bzw. namentlich der für die Finanzen der Gemeinde zuständige SVP-Finanzvorsteher von seiner eigenen Fraktion ausgebremst, gar desavouiert, worden. Egal ob Finanz-Abstimmungen und/oder Entlastungspakete, alles was vom SVP-Finanzvorsteher in seiner inzwischen vierjährigen Amtszeit vorgelegt wurde, wurde entweder aufgrund der Defizite oder teilweise integrierter Steuererhöhungen von der eigenen Fraktion abgelehnt. Der vorliegende Vorstoss will daran erinnern, dass alle Fraktionen, ganz besonders auch die SVP-Fraktion, einen Schritt entgegenkommen müssen, um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Der SVP-Finanzvorsteher soll sich mit seiner Fraktion synchronisieren. Es droht die Gefahr, dass der finanzpolitische Scherbenhaufen Jahr für Jahr grösser wird. Man soll trotz den Einwohnerratswahlen daran denken, dass die Finanzkennzahlen und insbesondere der Ausblick in den Finanz- und Aufgabenplänen absolut desolat sind und die Gemeinde Kriens ohne umfassende Massnahmen in spätestens 12 Monaten kein Eigenkapital mehr hat. Wenn die SVP Entgegenkommen signalisiert und einer Lösung des Gemeindefinanzproblems im Rahmen eines Konsenses zustimmen könnte, würde sie glaubwürdig zusammen mit den anderen Parteien als Problemlöser für das Beste für unsere Gemeinde auftreten können. Zudem würde sie die Verantwortung wahrnehmen, die man ihr als grösste Partei im Einwohnerrat zu Recht zuschreibt. Abschliessend bemerkt der Sprecher, dass es den Postulanten wichtig ist, dass im Falle einer Überweisung des Postulats beide Anträge umgesetzt werden. Er erwähnt dies, weil die Begründung des Gemeinderates nur auf die zweite Forderung eingeht.

Toni Bründler fragt, ob die JCVP vorschreiben will, was die SVP künftig zu tun und zu lassen hat? Die SVP hat eine eigene Meinung, welche sie vertreten darf und lässt sich von Daniel Piazza keinen Maulkorb anlegen. Fast 2/3 der Krienser Stimmbevölkerung haben gegen eine Steuererhöhung gestimmt. Soll man dies einfach ignorieren? Der Vorstoss ist Beschäftigungstherapie für den Gemeinderat. Wenn der Finanzvorsteher die Meinung des Gemeinderates vertritt, ist dies richtig. So ist das Kollegialitätsprinzip.

Für Räto Camenisch ist dieser Vorstoss eine Frechheit. Er macht schon lange Politik, aber so etwas hat er noch nie gehört. Es wird ein Postulat eingereicht, womit man die erfolgreichste

Partei disziplinieren möchte. Beim Gemeinderat Kriens sind gewisse Parteien über- oder untervertreten. Das Parteiprogramm der SVP geht Daniel Piazza nichts an. Die SVP betreibt eine klare Politik. Es wird immer wieder versucht, gewisse Dinge durchzumogeln. Die SVP versucht bei jedem Vorstoss den Rotstift anzusetzen. Beim Wahlkampf wird man die Gelegenheit haben, dies dem Bürger klar zu machen.

Alexander Wili ist über die Art der vorgebrachten Begründung ungehalten. So darf man mit einer anderen Partei nicht umgehen. Dies bringt für die Beratung nichts. Man sollte sachlicher und nicht so emotional gegeneinander auftreten. Das Problem bei der Behandlung dieses Postulats ist sicher, dass Thomas Lammer mit der Begründung auch nichts anfangen kann. Der Gemeinderat beantragt die Überweisung des Postulats. Das Postulat ist aber nicht nur angenommen, sondern bereits vollzogen. Es kann also gar nicht dagegen opponiert werden. Der Sprecher bittet, einander nicht anzugreifen und wünscht sich für die Zukunft eine bessere Sachlichkeit.

Auch für Peter Wespi ist diese Art „unterste Schiene“. Das Ziel ist, miteinander zu politisieren und das Beste für die Gemeinde zu erreichen. Man soll sich irgendwo treffen können und probieren, mehr miteinander zu erreichen.

Daniel Piazza versteht die Reaktionen in gewissem Masse. Es geht aber nicht darum, eine Partei zu disziplinieren. Man sollte miteinander das Beste für die Gemeinde erreichen können. Er appelliert daran, einen Konsens zu suchen; auch über die Parteigrenzen hinweg. Er möchte niemanden persönlich angreifen, sondern auf das Kernproblem hinweisen. Es gibt zu viel Parteipolitik, wodurch die Sachpolitik leidet. Der Sprecher stimmt der Aussage von Peter Wespi zu. Er hofft, dass seine Botschaft ankommt.

Paul Winiker erklärt, weshalb der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Es besteht eine Diskrepanz zwischen dem Leistungskatalog und den Einnahmen. Wenn man die Einnahmen und Ausgaben unter einen Hut bringen möchte, besteht eine Art Sackgasse. Im politischen Prozess braucht es zuerst einen Vorschlag oder einen Konsens des Gemeinderates, wie mit der Gesamtfinanzplanung umgegangen wird. Dann braucht es einen breiten Konsens im Einwohnerrat. Man hat gelernt, dass dies aber nicht reicht. Das Gesamte muss gut kommuniziert werden, damit es bei der Abstimmung mehrheitsfähig ist. Investitionen sind relativ rasch beschlossen. Der Sprecher betont, dass man aufpassen muss, dass die Gemeinde ihre Handlungsfähigkeit nicht verliert. Es braucht einen Willen, um die finanzielle Eigenständigkeit aufrecht zu erhalten.

Daniel Piazza dankt für die Ausführungen von Paul Winiker. Dem Sprecher war es ein Anliegen, sich von seiner Seite her ein bisschen Luft zu machen. Er hofft, dass man eine gemeinsame Lösung für das Finanzproblem findet. Einige Parteien sind bei den Einsparungen entgegengekommen. Wenn dies alle so machen, besteht eine gute Chance, das Finanzproblem zu lösen. Es ist auch für die zukünftigen Generationen wichtig, dass heute nicht über die Verhältnisse gelebt wird. Er hofft, dass seine Botschaft aufgenommen werden kann.

Abstimmung

Mit 18:8 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Kalt, Mirjam	Enthaltung
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	Enthaltung
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Schilling, Mauro	nein
Schwizer, Roland	n.t.
Tanner, Beat	n.t.
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	Enthaltung

Schluss

Martin Heiz teilt mit, dass die nächste Sitzung mit den Wahlen am 1. September 2011 stattfindet. Die nächste Sitzung mit Geschäften findet am 22. September 2011 statt. Er weist darauf hin, dass an diesem Datum mit einer ganztägigen Sitzung gerechnet werden muss. Es liegen dann einige Bericht und Anträge vor, z.B. zur starken Stadtregion Luzern.

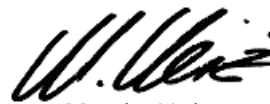
Am Samstag, 2. Juli 2011, ab 17.30 Uhr, findet die Jubiläums-Feier „20 Jahre Museum im Bellpark“ statt.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Schluss der Sitzung: 18:05 Uhr

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Martin Heiz

Der Gemeindeschreiber:

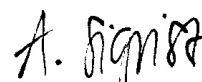


Guido Solari

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Andrea Sigrist